

NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK



SCHWERPUNKT.  LEBENSWELTEN

So tickt Niederösterreich

PSYCHIATER REINHARD HALLER

„Emotionale Muttermilch“ als Hausmittel gegen Narzissten

GEMEINDERATSWAHLEN

Jetzt vorbereiten: Was dabei zu beachten ist

Blackout-Vorsorge für Gemeinden

3 eigenständige Module

Ab 26. Oktober 2024



Die anhaltende Notwendigkeit für effektive Blackout-Vorsorge verdeutlicht, wie wichtig umfassende Vorbereitung für Gemeinden ist. Erleben Sie Herbert Saurugg, den internationalen Experten für Blackout- und Krisenvorsorge, in praxisnahen Sessions, die komplexe Zusammenhänge verständlich machen. Dank Ihrer Umfrage-Teilnahme konnten wir die Inhalte noch besser auf Ihre Bedürfnisse abstimmen. Wählen Sie aus einem oder allen drei Modulen und sichern Sie sich wertvolle Einblicke und Strategien für Ihre Gemeinde!

**Holen Sie sich Wissen für Ihre Gemeinde
auf kommunal.at/webinare**

Melden Sie sich dort auch direkt für unseren
Webinar-Newsletter an, um keine Termine zu verpassen!

KOMMUNAL

GEMEINDEN. GESTALTEN. ÖSTERREICH.



Krisenvorsorge.at unterstützt jede teilnehmende Gemeinde mit einem kostenlosen Notfallradio inklusive Dynamo-Lampe und Sirene im Wert von € 44,90.-.

Krisenvorsorge.at
Für Krisen und Notfälle vorsorgen

SCHWERPUNKT. LEBENSWELTEN



© iStockphoto.com

Zur Vorbereitung auf die Gemeinderatswahlen ließ der NÖ Gemeindebund eine Umfrage durchführen, um zu erfahren, was den Bürgerinnen und Bürgern wirklich wichtig ist.

- 04 Der Bürger, das unbekannte Wesen**
Überraschende Daten, alarmierende Fakten
- 12 Finanzen**
Wo die Bürger kürzen würden und wo nicht
- 14 Bodenverbrauch: Ansichten und Einsichten**
Bodenversiegelung und Wachstum aus Sicht der Befragten
- 16 Mobilität: Verkehrte Welt**
Wo und wie in Verkehrslösungen investiert werden soll
- 18 Kinderbetreuung**
Interview mit Sozialrechtsexperte Wolfgang Mazal
- 20 Psychiater Reinhard Haller**
„Emotionale Muttermilch“ als Hausmittel gegen Narzissten
- 22 „Alte gegen Junge, nicht Stadt gegen Land.“**
Interview mit Studienautor Christoph Haselmayer

POLITIK

- 25 Hochwasserkatastrophe**
Rasche Hilfe für Betroffene

RECHT & VERWALTUNG

- 26 Jetzt vorbereiten**
Was bei den Gemeinderatswahlen zu beachten ist



© www.BilderBox.com

AUS ERSTER HAND

NÄHE SCHAFFT VERTRAUEN



Nur mehr 3 Monate bis zur Gemeinderatswahl am 26. Jänner 2025!

Das war der Anlass für eine große Umfrage, die wir in dieser NÖG ausführlich interpretieren. Anlass sind natürlich die letzten Wahlen, die uns zeigen, dass „Stimmungslagen“ trotz guter und vieler Projekte immer wieder nach ganz anderen – oft auch „emotionalen“ – Linien verlaufen. So viel vorweg und das ist eine sehr gute Nachricht:

Das VERTRAUEN in die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist weiterhin sehr hoch, die Bundespolitik hat nur einen untergeordneten Einfluss auf die Gemeinderatswahlen und die Themen, die die Menschen bewegen sind die, um die wir uns tagtäglich in den Gemeinden kümmern!

Es gibt aber auch eine große Herausforderung: Selbst in kleineren Gemeinden geben bis zu 28% der Befragten kein Urteil über die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister ab, weil sie ihn oder sie zu wenig kennen! Dagegen hilft nur das persönliche Kennenlernen, der direkte Kontakt, das Grüßen und Ansprechen, der Besuch zu Hause und das GESPRÄCH: Wertschätzend, selbst wenn nicht immer alles friktionsfrei ist in einer Gemeinde; Zuvorkommend, selbst wenn nicht immer jedes Problem lösbar ist; Einführend, selbst wenn Persönliches zunächst nicht gleich die Aufgabe einer Verwaltungsgemeinde ist. Aber die Gemeinde ist eben für die Menschen nicht nur das Gemeindeamt und der Gemeinderat, sondern auch die Person der Bürgermeisterin und des Bürgermeisters. Sie und auch die Gemeinderäte repräsentieren für die Menschen einen Teil der „Heimat“, in der sie leben. Und deshalb traut man den Kommunalpolitikern auch viele Dinge zu, die eigentlich sonst gar nicht Aufgabe einer Gemeinde wären. Weil sie die Sorgen der Leute verstehen und sich auch ehrlich darum kümmern.

„Menschen für Menschen“ hat ein Gemeinderatswahllogan vor mehr als 20 Jahren einmal geheißen. Heute ist er wichtiger denn je. In diesem Sinn wünsche ich Dir, wenn Du nun diese NÖ GEMEINDE liest, viele Bestätigungen Deiner eigenen Einschätzungen und die richtige Interpretation der Ergebnisse für diese letzte Phase bis zur Gemeinderatswahl. Noch viel mehr aber wünsche ich Dir unzählige Begegnungen, gute Gespräche und dass die Menschen spüren, dass Du Dich ehrlich um sie, um ihre Sorgen und Anliegen und um eure gemeinsame Gemeinde annimmst. Dann wird am 26. Jänner auch die Basis für eine gute Arbeit nach der Wahl zustande kommen. Alles GUTE!

BGM. DIPL.-ING. JOHANNES PRESSL, PRÄSIDENT



SCHWERPUNKT. LEBENSWELTEN

Dein Bürger

das unbekannte Wesen

Alle Zahlen, überraschende Daten und alarmierende Fakten.

Die große Studie des NÖ Gemeindebundes blickt in die Köpfe der Wähler [✉ VON OSWALD HICKER](#)

Politiker, die täglich im „Kundenkontakt“ stehen, haben es natürlich - ein Bauchgefühl wie ihr Bürger so tickt, was er erwartet und worauf er allergisch reagiert. Aber mit dem Bauchgefühl ist es so eine Sache. Fjodor Michailowitsch Dostojewski formulierte das Dilemma so: „Man kann vieles unbewusst wissen, indem man es nur fühlt, aber nicht weiß.“

Der NÖ Gemeindebund wollte es rund vier Monate vor der Gemeinderatswahl ganz genau wissen. Gemeinsam mit dem Institut für Demoskopie und Datenanalyse (IfDD) starteten wir die größte Bürgerbefragung, die es in diesem Bereich je gegeben hat. 2.400 Hauptwohnsitzer wurden in der Woche vor der Nationalratswahl von 23. bis 27. September zu Themen des Gemeindelebens befragt. Nun liegen die Ergebnisse vor.

Bei der Erstellung des Kataloges standen die Bedürfnisse unserer Mitglieder im Mittelpunkt.

In vier Workshops erarbeiteten 40 Bürgermeister die Formulierungen, auf die sie von ihren Bürgern Antworten wollten.

Bei der Erarbeitung der Fragen nahmen Vertreter aus vier Lebenswelten teil. Nach einer Einteilung der Statistik Austria wurden die NÖ Gemeinden in Urbane Zentren, Regionale Zentren, Ländlicher Raum in Zentrumsnähe und Ländlicher Raum geclustert.

Die wichtigsten Ergebnisse wollen wir auf den kommenden Seiten vorstellen. Dabei stellte sich heraus, dass die Unterschiede zwischen Stadt und Land geringer sind als angenommen. Wer sich tiefer in das Zahlenmaterial einarbeiten will, hat bei Seminaren der Akademie 2.1 die Gelegenheit. Die Studie zum Download finden Sie auf www.meinegemeinde.blog ■■■



i [Link zur Studie](#)

Die Studie zum Download finden Sie auf www.meinegemeinde.blog

Die Vertrauensfrage

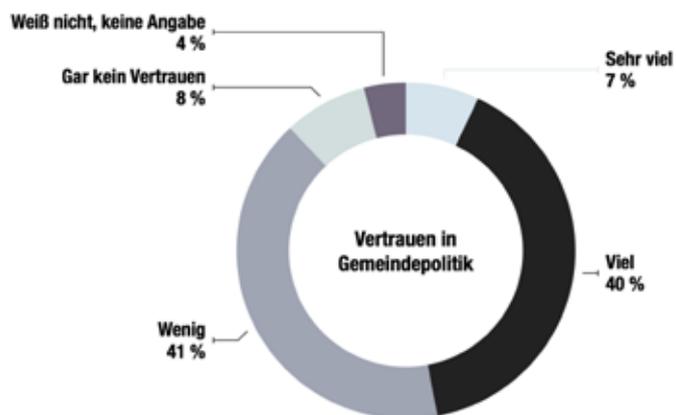
Vorweg: Von allen politischen Ebenen hat die Gemeindepolitik noch immer die besten Werte. Trotzdem geben die Ergebnisse der Studie aber Anlass zum Nachdenken. Während 47% der Befragten sehr viel oder viel Vertrauen in die Gemeindepolitik haben, vertrauen 49% ihrem Gemeinderat wenig oder gar nicht. Hier wurden gezielt keine Personen abgefragt, sondern die Gemeindepolitik generell. Nebeneffekte wie Streitigkeiten mit dem politischen Mitbewerb schlagen hier offenbar nicht positiv zu Buche.

Weit besser angeschrieben sind Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. 39% vertrauen dem Amtsinhaber. Nur 29% vertrauen ihm nicht. Trotzdem ist ein klarer Auftrag aus den Zahlen abzuleiten. 28% der Befragten geben an, ihren Bürgermeister nicht oder zu wenig zu kennen, um ihm zu vertrauen. Der Schluss daraus: Amtsinhaber müssen noch mehr auf Tuchfühlung mit den Bürgern. Denn wer seinen „Häuptling“ einmal kennengelernt hat, vertraut ihm auch eher. Jene, die Kontakt zur Bürgermeisterin oder zum Bürgermeister haben, vertrauen der Amtsperson zu 57%! Nur 43% lassen sich nicht überzeugen und bleiben skeptisch.

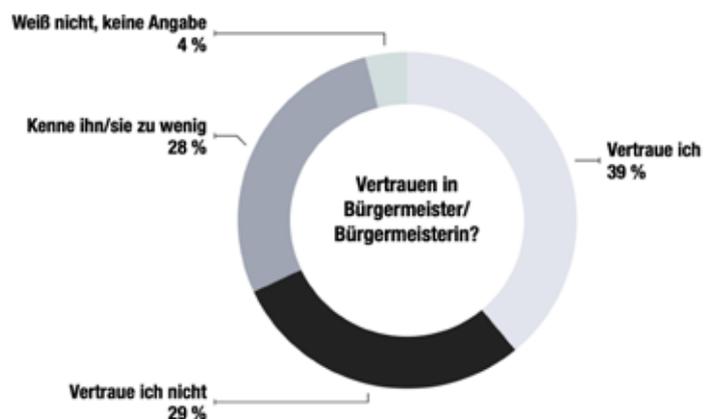
Die Gemeindepolitik wird von einer sehr knappen Mehrheit von 49% negativ beurteilt. 47% vertrauen ihren örtlichen Mandataren.

Der Bürgermeister genießt relativ viel Vertrauen. Allerdings: 28% der Bürgerinnen und Bürger könnten grundsätzlich Vertrauen schöpfen, kennen ihren Bürgermeister aber zu wenig, um die Frage zu beantworten.

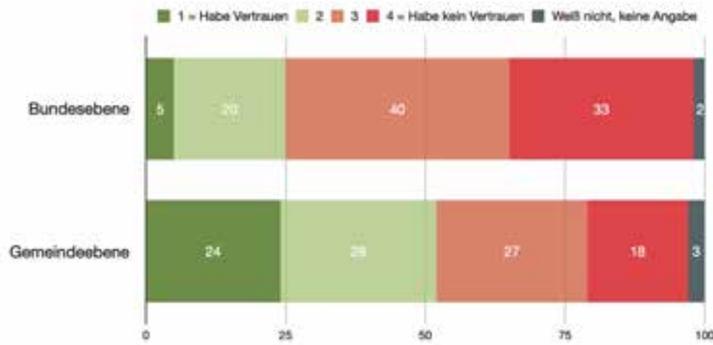
Wie viel Vertrauen haben Sie in die Gemeindepolitik?



Wie viel Vertrauen haben Sie in Ihren Bürgermeister/Ihre Bürgermeisterin?



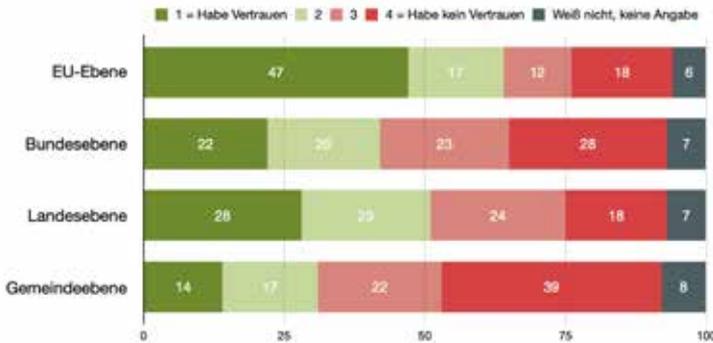
Wie hoch ist Ihr Vertrauen in die Politik auf verschiedenen Ebenen?



Der Vergleich macht sicher

Vergleicht man das Vertrauen der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher nach politischen Ebenen, zeigt sich: Die Gemeinde ist noch immer Spitzenreiter. 52% vertrauen ihren lokalen Amtsträgern. Am Ende der Skala befindet sich der Bund mit 25%. Müssten die Bürger eine Verwaltungsebene einsparen, würden 64% auf die EU verzichten. Auf den Bund wollten nur 42% verzichten. Die Wertschätzung für die lokale Verwaltung ist am höchsten. Nur 31% der Befragten würden die Gemeinde einsparen wollen.

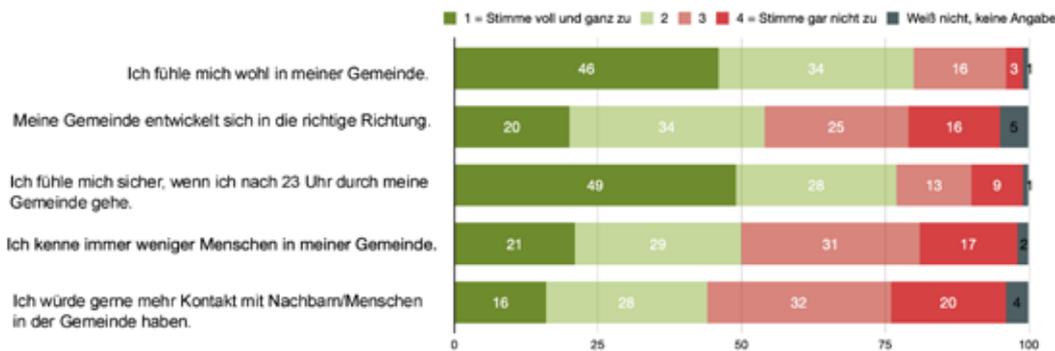
Wenn Sie eine Verwaltungsebene einsparen müssten, welche wäre das?



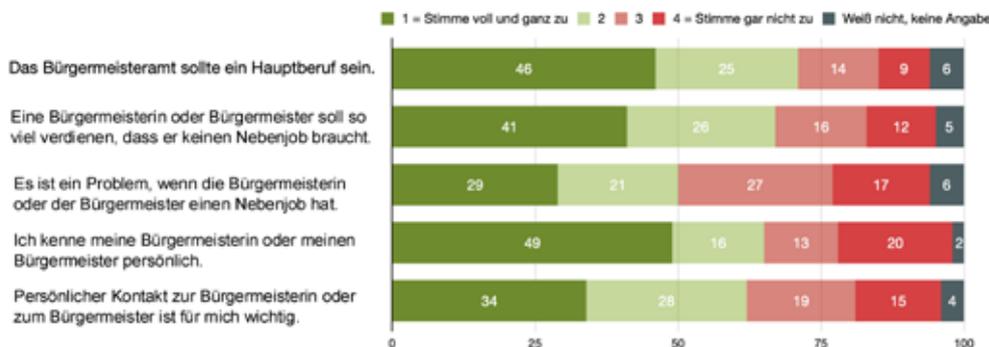
Orte zum Wohlfühlen

Trotz einiger Skepsis fühlen sich 80% der Bürgerinnen und Bürger wohl in ihrem Wohnort. 77% fühlen sich nachts sicher auf den Straßen, 54% sehen eine Entwicklung in die richtige Richtung. Skurril: Genau jeder Zweite leidet an dem Gefühl, immer weniger Menschen im Ort zu kennen. Auf mehr Kontakt legen aber nur 44% der Befragten Wert.

Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?



Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zum Bürgermeisteramt zu?



Oben: Der **Wohlfühl-Faktor und das Sicherheitsgefühl** in den Gemeinden stellen Spitzenwerte dar. Die Hälfte spürt die zunehmende Anonymisierung, aber nur eine Minderheit legt Wert auf mehr Kontakt zu den Mitbürgern.

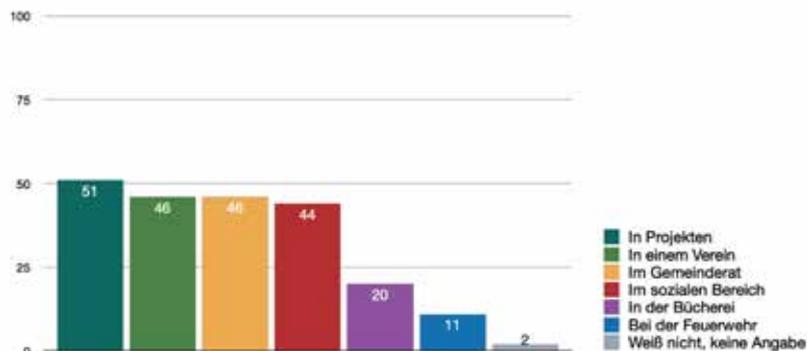
Unten: **Rückenwind haben Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in ihrem Kampf um faire Entlohnung.** Mehr als zwei Drittel sagen, das Amt des Bürgermeisters solle ein Hauptberuf sein, der so viel einbringt, dass ein Nebenjob unnötig ist.

Engagement in der Gemeinde

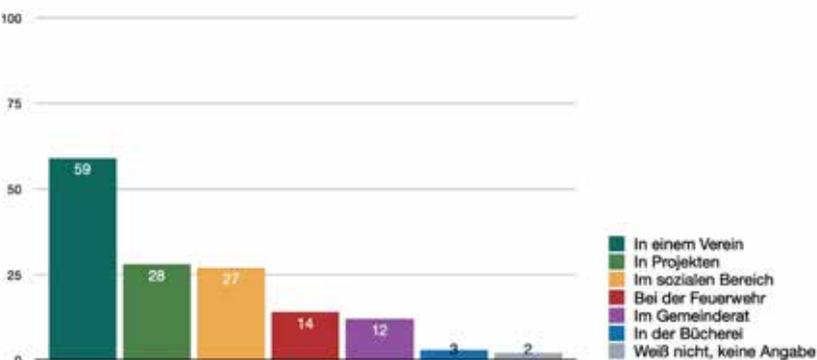
Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher sind sehr „standorttreu“. 64% leben bereits länger als 15 Jahre in ihrem Heimatort. Je länger man in einer Gemeinde wohnt, umso größer wird auch die Bereitschaft, sich ins soziale Gefüge einzubringen. 20% der Befragten engagieren sich bereits für die Gemeinschaft. Weitere 22% würden sich gerne engagieren, hatten aber bislang nicht die Gelegenheit.

Wie aber kommt man als Gemeindevertreter an diese Zielgruppe heran? Klare Antwort: Mit Projekten! 51% der grundsätzlich „Willigen“ könnten sich die Mitarbeit für begrenzte Zeit vorstellen. Durchaus überraschend: Jeweils knapp die Hälfte könnte sich aber auch mit der Idee anfreunden, entweder in Vereinen oder im Gemeinderat (!) tätig zu werden. Auch soziale Projekte sind mit 44% beliebt bei den Bürgern. Bei der Bücherei oder der Feuerwehr scheint es aber Berührungspunkte zu geben, hier sind die zusätzlichen Potenziale am geringsten.

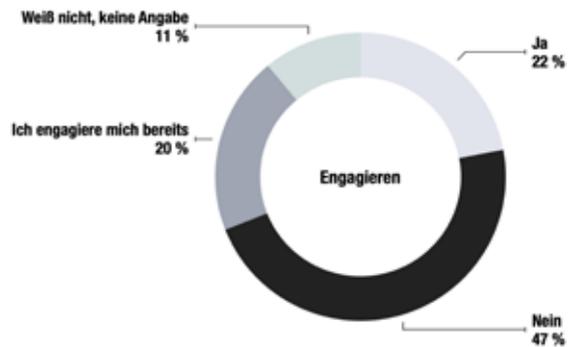
Wo würden Sie sich gerne engagieren? (Mehrfachnennung)



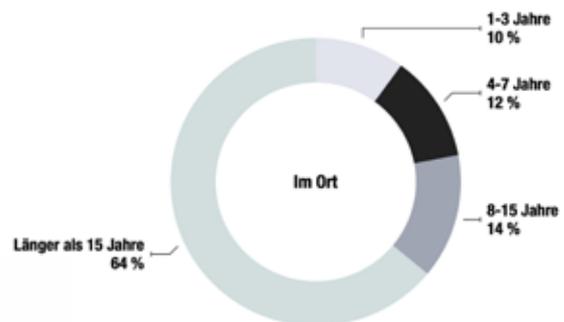
Wo engagieren Sie sich bereits? (Mehrfachnennung)



Würden Sie sich gerne in der Gemeinde engagieren?



Wie lange wohnen Sie bereits im Ort?

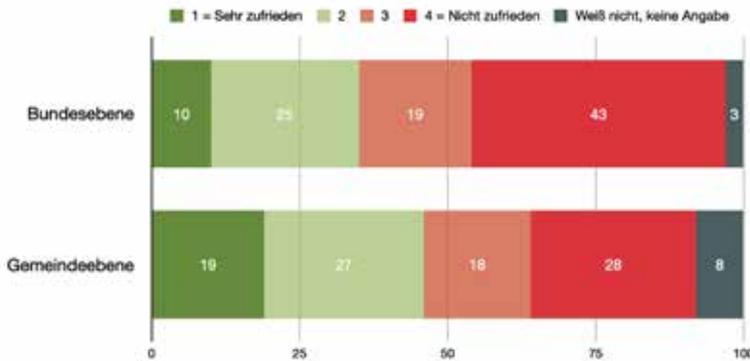


Oben: **47% wollen sich nicht in der Gemeinde engagieren.** 20% arbeiten bereits ehrenamtlich im Ort, 22% wären noch bereit dazu. Fast zwei Drittel (64%) leben bereits 15 Jahre oder länger in ihrem Ort. Auffällig hoch ist der Anteil der Zuzügler. 10% sind in den vergangenen 3 Jahren in den Ort gekommen.

Links: Die **Mehrheit der „Willigen“ würde in Projekten mitarbeiten.** Immerhin 46% könnten sich eine Karriere im Gemeinderat vorstellen.

Coronamanagement

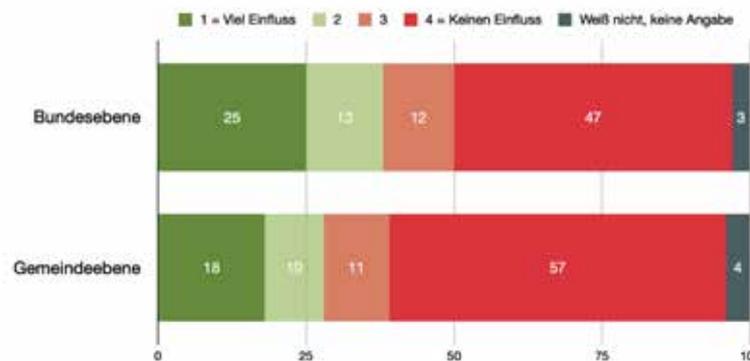
Wie zufrieden sind Sie mit dem Management der Coronapandemie?



Corona-Schock sitzt tief

Was viele vermutet haben, wird von der Studie bestätigt: Corona ist nach wie vor ein Thema beim Wahlvolk. Immerhin: 46% sind mit dem Corona-Management in ihrer Gemeinde zufrieden, 46% sind unzufrieden – ein klassisches Patt. Mit dem Management der Pandemie im Bund (35%) sind bereits weniger Menschen zufrieden. Harte Maßnahmen wie Lockdowns und Impfpflicht von Bundeseite werden weit negativer beurteilt als die Organisation von Testcentern und Impfstraßen in den Gemeinden.

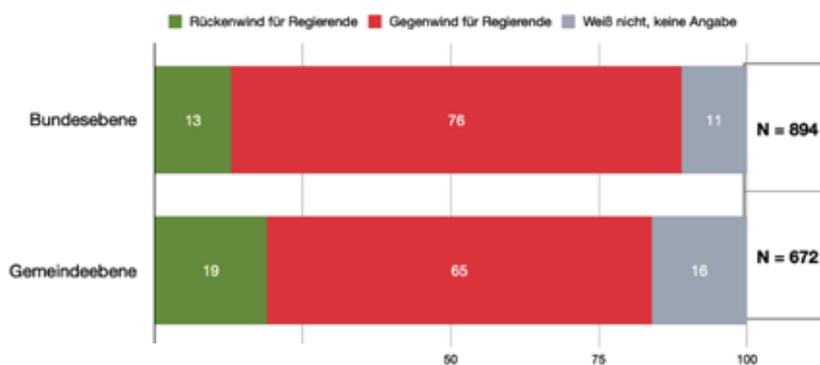
Haben die Maßnahmen während der Coronapandemie einen Einfluss auf Ihr Wahlverhalten?



N = 2400

Für 38% der Wähler hatte das Coronamanagement Auswirkungen auf ihr Wahlverhalten bei der Nationalratswahl. Auf Gemeindeebene geben „nur“ 28% an, davon beeinflusst zu werden. Daheim in den Orten, wo die Mehrheit mit der Organisation zufrieden ist, denken die wenigsten Befragten daran, einen Denkkzettel bei der Wahl zu verteilen. Bei jenen, die noch immer von Corona beeinflusst werden, ist die Richtung aber klar. Es gibt Gegenwind für die Regierenden auf allen Ebenen.

Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen auf Ihr Wahlverhalten?



Filter: Befragte auf die die Maßnahmen einen Einfluss hat

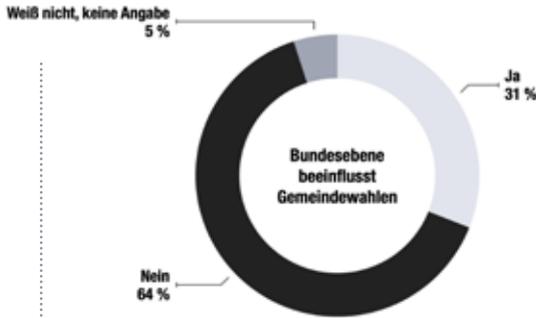
Das Pandemie-Management der Gemeinden sehen die Menschen positiver als jenes auf Bundesebene

Am wenigsten Einfluss wird Corona auf die Gemeindepolitik haben. Aber immerhin 28% sehen noch immer Auswirkungen auf ihr Wahlverhalten im Jänner.

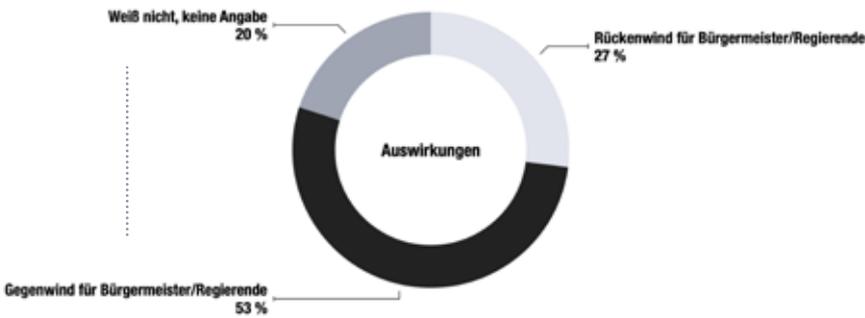
Wer beeinflusst wird, fühlt Gegenwind für die Regierenden. Auf Bundesebene ist der Gegenwind mit 76% höher als in der Gemeinde mit 65%.

Einflüsse auf das Wahlverhalten

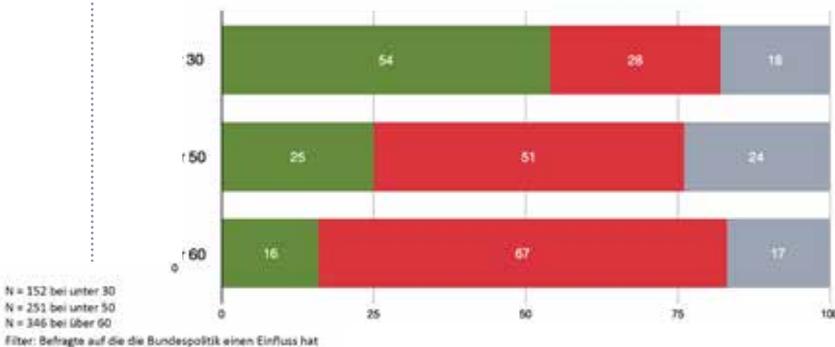
Beeinflusst die Politik der Bundesebene Ihr Wahlverhalten für die Gemeindewahlen?



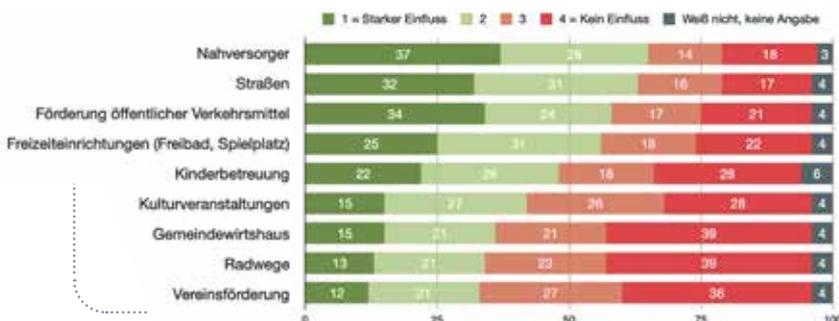
Welche Auswirkungen hat die Bundespolitik auf Ihr Wahlverhalten in der Gemeinde?



Welche Auswirkungen hat die Landespolitik auf Ihr Wahlverhalten in der Gemeinde? (nach Altersgruppen)



Wie stark beeinflussen Investitionen in der Gemeinde Ihr Wahlverhalten für die Gemeindewahlen?



Gegenwind durch Bundespolitik

Auch die generelle Politik auf Bundesebene hat Auswirkungen auf die Gemeinderatswahl. Die Bundespolitik wird 31% der Befragten bei den Gemeindewahlen beeinflussen. Der Einfluss aus der Bundespolitik ist ähnlich wie bei der Coronafrage überwiegend negativ für die Regierenden in den Gemeinden. 53% geben an, dass die Bundespolitik Gegenwind für die Regierenden im Ort bedeutet.

Auffallend ist, dass nur geringe Unterschiede zwischen Stadt und Land feststellbar sind. Ganz klare Unterschiede zeigen sich aber in der Altersstruktur. Während 54% der unter 30-Jährigen sogar Rückenwind aus der Bundespolitik für die Regierenden in der Gemeinde orten, spüren 67% der über 60-Jährigen Gegenwind aus Wien.

Investitionen in der Gemeinde beeinflussen das Wahlverhalten ebenfalls. Am positivsten gesehen werden Nahversorger und Straßen.

Gegenwind aus Wien. Rund 30% fühlen sich durch die Bundespolitik bei den Gemeinderatswahlen beeinflusst.

Die Mehrheit dieser Wählerschicht sieht dadurch Gegenwind für die Verantwortlichen in den Gemeinden.

Jungwähler sehen die Bundespolitik überwiegend positiv, zwei Drittel der Älteren aber negativ.

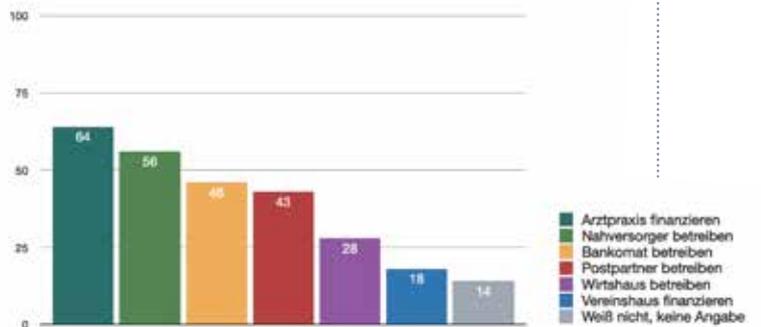
Investitionen in der Gemeinde haben positiven Einfluss.

Zusätzliche Aufgaben für Gemeinden

Die Bevölkerung sieht die Gemeinden längst nicht mehr nur als Bereitsteller von Infrastruktur wie Wasserversorgung, Abwasserentsorgung oder Straßendienste. Frau und Herr Niederösterreicher wollen mehr von ihrer örtlichen Verwaltung. 64% sagen, dass eine Arztpraxis auch öffentlich finanziert werden sollte, wenn es keine gibt. 56% wünschen sich einen gemeindeeigenen Nahversorger. 46% fordern von der Gemeinde einen Bankomaten, 43% sehen die Gemeinde als Postpartner. 43% wollen ein Wirtshaus betreiben, 18% ein Vereinshaus finanzieren und 14% keine Angabe.

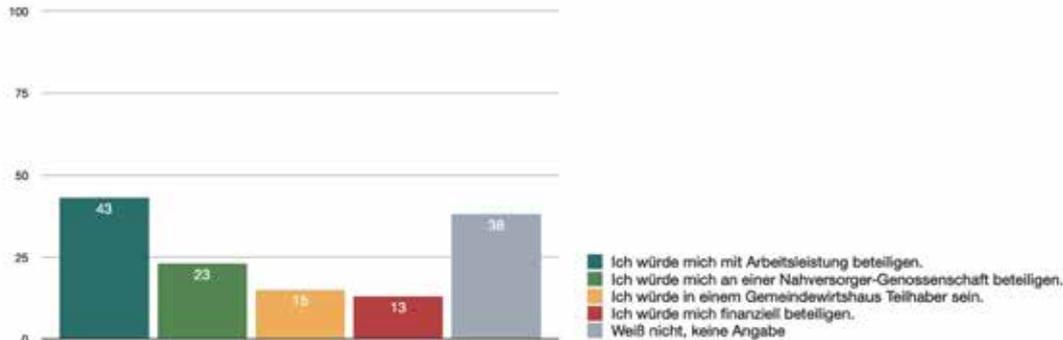
Bei Umweltthemen stimmt eine überwältigende Mehrheit von 80% dafür, dass Flüssen mehr Raum für Hochwasser gegeben werden soll. 70% wollen, dass Großproduzenten von Solar- oder Windstrom die Bevölkerung vor Ort, die die Auswirkungen zu tragen hat, am Profit beteiligen.

Um welche Aufgaben sollen sich Gemeinden verstärkt kümmern?



Würden Sie sich finanziell oder mit Arbeitsleistung an einem gemeindeeigenen Projekt beteiligen?

(Mehrfachnennungen möglich)

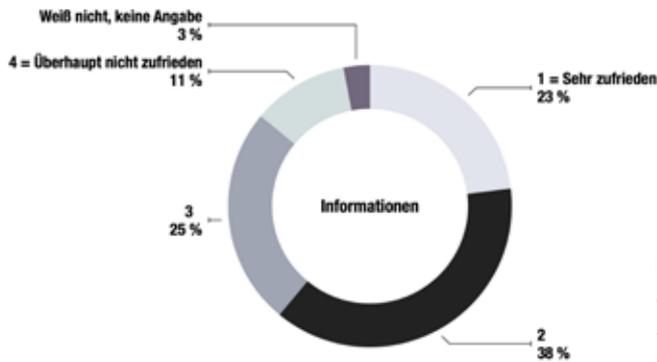


Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu Umweltthemen zu?



Die Erwartungshaltungen der Bürger an Gemeinden steigen stetig an, am Wichtigsten sind eine Arztpraxis, Nahversorger, Bankomaten und Postpartner.

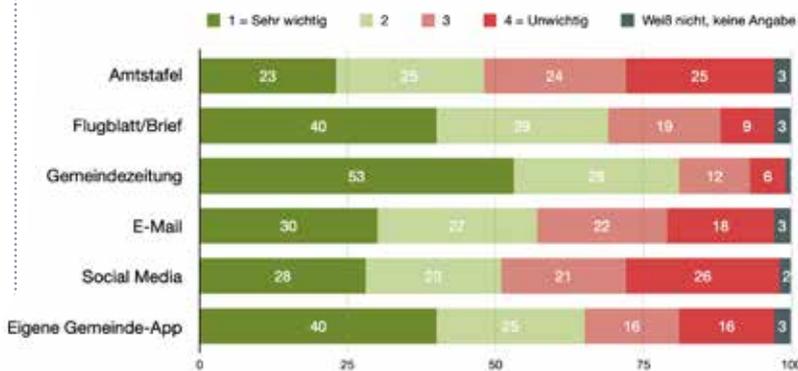
Sind Sie mit den Informationen, die Ihnen Ihre Gemeinde zur Verfügung stellt, zufrieden?



Die Kommunikation der Gemeinden wird überwiegend positiv gesehen. 61% sind damit zufrieden. Für 81% ist die gute alte Gemeindezeitung wichtigster Informationskanal.

Wie sollen die Informationen aus Ihrer Gemeinde in Zukunft bei Ihnen ankommen?

Bitte ordnen Sie die folgenden Informationskanäle nach ihrer Wichtigkeit.



Die Gemeinden können kommunizieren.

Nur 36% sind mit den Informationen unzufrieden. Wichtigster Kommunikationskanal bleibt die Gemeindezeitung (81%). Social Media Kanäle werden noch weniger genutzt als Flugblätter oder Emails, gewinnen aber an Bedeutung.

Starke Gemeinden brauchen einen verlässlichen Partner.

Gemeindeversicherung
GEMEINDEN IN NÖ SICHER AUFSTELLEN.

Breiter Schutz gegen kommunale Risiken.
 Nähe verbindet.
 Unsere Niederösterreichische Versicherung

nv.at



FINANZEN / SPAREN

Gemeindefinanzen: Wo die Bürger kürzen würden

Investitionen ins Straßennetz und die Förderung öffentlicher Verkehrsmittel sind ein wichtiger Gradmesser beim Wahlverhalten. Die Weihnachtsbeleuchtung und das Straßenlicht nach 22 Uhr würden bei den meisten dem Sparstift zum Opfer fallen. [✎ VON BERNHARD STEINBÖCK](#)

Ein Teil der Fragen beschäftigte sich auch mit dem Thema Finanzen. Einerseits mit dem Blick auf die Relevanz einzelner "heißer" Themen, die einen Einfluss auf das Wahlverhalten haben könnten. Und da zeigt sich vor allem, dass den NÖ Wählern vorrangig die Nahversorgung, der Erhalt ihrer Straßen und die Förderung der Öffentlichen Verkehrsmittel wichtig sind. Interessanterweise nehmen das gute, alte Gemeindegewandhaus, Radewege und die Vereinsförderung die hinteren Plätze ein. Was Freizeiteinrichtungen betrifft, so sind Spielplätze, Parks oder Freibäder vor allem für unter 30-Jährige relevant. Für 72 Prozent haben diese einen Einfluss auf ihr Wahlverhalten.

Sie sind Bürgermeister und könnten den Sparstift ansetzen?

Dann würde die Weihnachtsbeleuchtung für 62 Prozent diesem zum Opfer fallen. Ein hohes Sparpotential sehen die 2.400 Befragten auch beim Abschalten der Straßenbeleuchtung nach 22 Uhr (62%), beim Carsharing

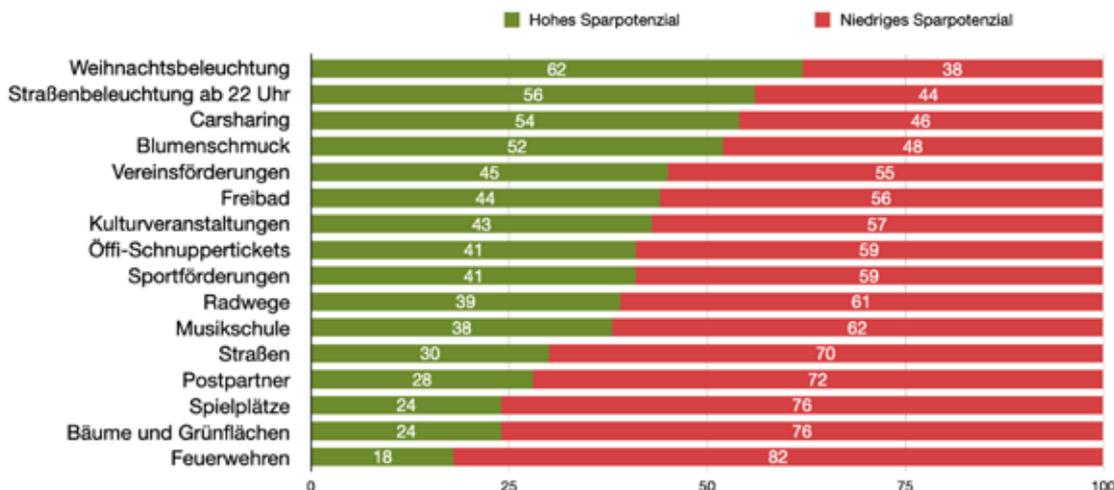


©Kavalenkava Volha/stock.adobe.com

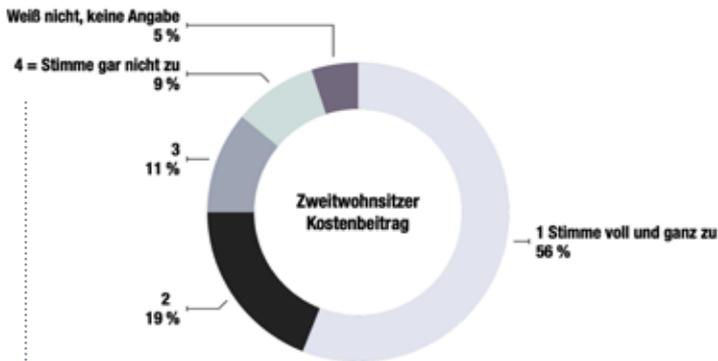
(54%) oder beim Blumenschmuck. Die mit Abstand geringste Bereitschaft zum Sparen ließen die Niederösterreicher bei den Feuerwehren (18%) erkennen. Wenig Sparpotential sehen die Bürgerinnen und Bürger auch bei den Bäumen & Grünflächen, aber auch bei Spielplätzen, dem Postpartner und - wie schon in der vorherigen Grafik zu sehen, bei den Straßen. ■■■

Weihnachtsbeleuchtung sehen 62% der in der Studie 2400 Befragten als großes Sparpotential.

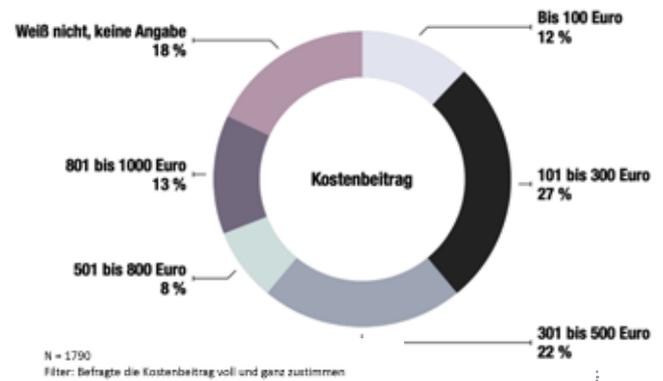
Wenn Sie Bürgermeisterin oder Bürgermeister wären, bei welchen dieser Bereiche würden Sie sparen?



Finden Sie es fair, dass Zweitwohnsitzer einen Kostenbeitrag für die Nutzung der Gemeindeinfrastruktur leisten?



Wie hoch sollte der jährliche Kostenbeitrag für die Nutzung der Gemeindeinfrastruktur durch Zweitwohnsitzer Ihrer Meinung nach sein?



EINE FRAGE + DES STANDORTS

Den PERFEKTEN STANDORT zu finden ist eine der wesentlichsten Herausforderungen für Unternehmen. **ecoplus** unterstützt bei allen Fragen rund um Ansiedlungs- und Erweiterungsprojekte in ganz Niederösterreich.

Wir bieten ein UMFASSENDES SERVICE: von der Standortsuche und Planung, über die Beratung zu Förderung und Finanzierung, bis hin zur Errichtung – alles aus einer Hand!

standortkompass.at

ecoplus.at

 **ecoplus. Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH**
T: +43 2742 9000-9001, E: standort.service@ecoplus.at

**plus
eco**
WIRTSCHAFTSAGENTUR
NIEDERÖSTERREICH



BODENVERBRAUCH

Ansichten und Einsichten

Eine Umfrage löst offene Fragen. Oder sie löst mehr Fragen aus. [VON DI JOHANNES WOLF](#)

So tickt dein Bürger – unter diesem Titel hat das Institut für Demoskopie und Datenanalyse, kurz IFDD genannt, im September 2024 eine Umfrage durchgeführt. Darin enthalten findet sich ein Fragenpaket, welches sich dem Themenkomplex Bodenverbrauch, Leerstände und Flächenwidmungspraxis widmet. Werfen wir ein paar Blicke auf die Meinungen und das Stimmungsbild der 2400 Teilnehmer und Teilnehmerinnen an dieser Umfrage. Zuvor wollen wir aber einige Begriffe sortieren.

Wer gemeinhin von Bodenverbrauch oder auch von quantitativem Bodenschutz spricht, meint letztlich die sogenannte Flächeninanspruchnahme. Als in Anspruch genommen gelten Flächen, die durch menschliche Eingriffe für Siedlungs-, Verkehrs-, Freizeit- und Erholungszwecke sowie für Ver- und Entsorgungszwecke

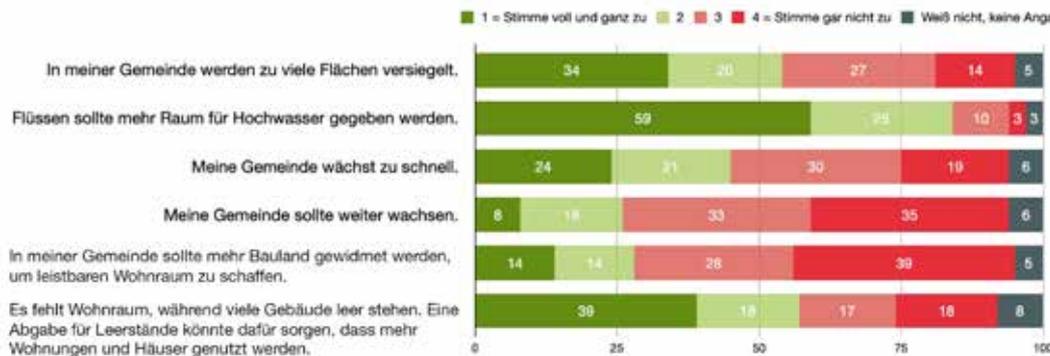
verändert werden und somit für die land- und forstwirtschaftliche Produktion und als natürlicher Lebensraum nicht zur Verfügung stehen. Seriöse Zahlen zur Flächeninanspruchnahme Österreichs oder seiner Bundesländer findet man auf Ebene der Österreichischen Raumordnungskonferenz unter dem Titel ÖROK-Monitoring von Flächeninanspruchnahme und Versiegelung.

Als versiegelt bezeichnet man Flächen, die durchgehend mit einer gänzlich wasser- und luftundurchlässigen Schicht abgedeckt sind. Das ist in aller Regel ein deutlich geringerer Anteil der in Anspruch genommenen Fläche, die ja unter anderem auch nicht versiegelte Flächen wie etwa Gärten, Parkanlagen oder Sportplätze umfasst. Daher sollte man, wenn man mit Zahlen um sich wirft, vorsichtig und



© keBuMedien - stock.adobe.com

Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zum Thema Bodenverbrauch und Wachstum in Ihrer Gemeinde zu?



DI JOHANNES WOLF

DI Johannes Wolf ist Absolvent der Universität für Bodenkultur und hat langjährige praktische Berufserfahrung in den Bereichen Umwelt- und Regionalentwicklungsprogramme, Kommunalpolitik und Raumordnung.

© Fotostudio Semrad

Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu Umweltthemen zu?



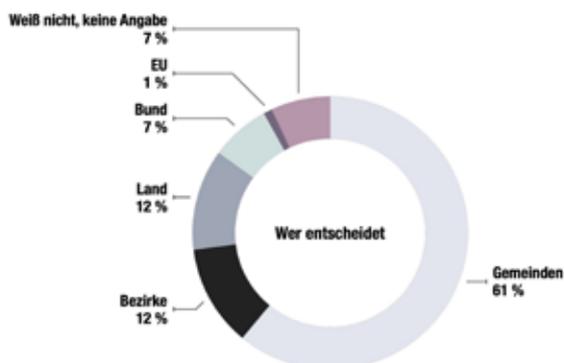


Etwas mehr als die Hälfte der Befragten stimmen entweder voll und ganz (34%) oder eher zu (20%) dass in ihrer Gemeinde zu viel versiegelt wird.

klar in der Aussage sein, wovon man spricht. Auch die Bezugsebene ist essentiell. Denn zwischen z.B. Hektar pro Tag landesweit oder Hektar pro Tag bundesweit oder gar im EU-Raum liegen Welten.

Baulandreserven sind als Bauland gewidmete Flächen, die nach wie vor unbebaut sind. Als Bauland sind sie zwar bereits in Anspruch genommen und gehen somit auch in die Statistiken ein. Versiegelt sind sie allerdings nicht beziehungsweise, falls es gelingt diese zu aktivieren, noch nicht. Da in Niederösterreich inzwischen ein Baulandmobilisierungsgebot

Wer sollte Ihrer Meinung nach entscheiden, wo gebaut werden darf?



für neue Baulandwidmungen besteht, geht es hier in aller Regel um „alte Widmungen“ und somit „alte Rechte“.

Zurück zur Umfrage. Diese fokussiert im Wesentlichen auf vier Themen: Versiegelung, Entwicklung bzw. Wachstum der Gemeinde, Leerstand und Rückwidmungen. Interessant ist die Kombination der Antworten zu diesen Fragen als Stimmungsbild. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten stimmen entweder voll und ganz (34%) oder eher zu (20%), dass in ihrer Gemeinde zu viel versiegelt wird. Immerhin 41% können sich dieser Aussage aber auch (eher) nicht anschließen. Dass die eigene Gemeinde zu schnell wächst, glaubt die Mehrzahl nicht (19%) oder eher nicht (30%). Andererseits können 45% dieser Einschätzung schon etwas abgewinnen. Eindeutiger wird es bei der Frage, ob die Gemeinde weiterwachsen soll. Denn hier spricht sich nur gut ein Viertel für Wachstum aus. Mehr Zustimmung findet offenbar die Aktivierung von Leerstand mittels einer Leerstandsabgabe. Denn bis zu rund 60% glauben, dass eine derartige Abgabe wirken könnte und gerecht wäre. Für ungenutztes Bauland hält man eine andere Maßnahme als zielführender. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten sind der Ansicht, dass Baugrund zurückgewidmet werden sollte, wenn dieser zu lange ungenutzt bleibt. Welche Größenordnung und damit Bedeutung Leerstände oder Baulandreserven in einer Gemeinde haben, variiert von Fall zu Fall und wurde in dieser Umfrage offenbar nicht erhoben.

Alles in allem scheint es, als würden Gemeinden künftig weniger auf Wachstum setzen und sich mehr um Baulandreserven und Leerstände kümmern müssen. So zumindest könnte man die Antworten der gegenständlichen Umfrage deuten – wenn auch nur mit eher zarten Mehrheiten. Ob die hier abgefragten Maßnahmen, also Abgaben und Rückwidmungen, gleich auch die richtigen Mittel sind, Flächen und Objekte zu mobilisieren, darf ich an dieser Stelle erst mal dahingestellt lassen. Denn bei aller Sympathie für pragmatische Ansätze, in diesen Fragen werden nicht zuletzt auch eine Reihe an ordnungspolitischen, rechtlichen und raumordnungsfachlichen Aspekten zu berücksichtigen sein. ■■■

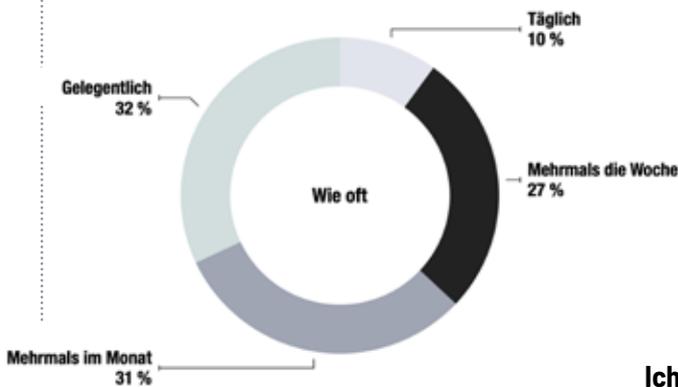
VERKEHR

Mobilität: **Verkehrte Welt**

Investitionen in Straßen und öffentlichen Verkehr sind die Hauptanliegen der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher. Eine Mehrheit will auch, dass Verkehrsstrafen den Gemeinden zugute kommen.

VON OSWALD HICKER

Wie oft benutzen Sie die Radwege in Ihrem Ort?

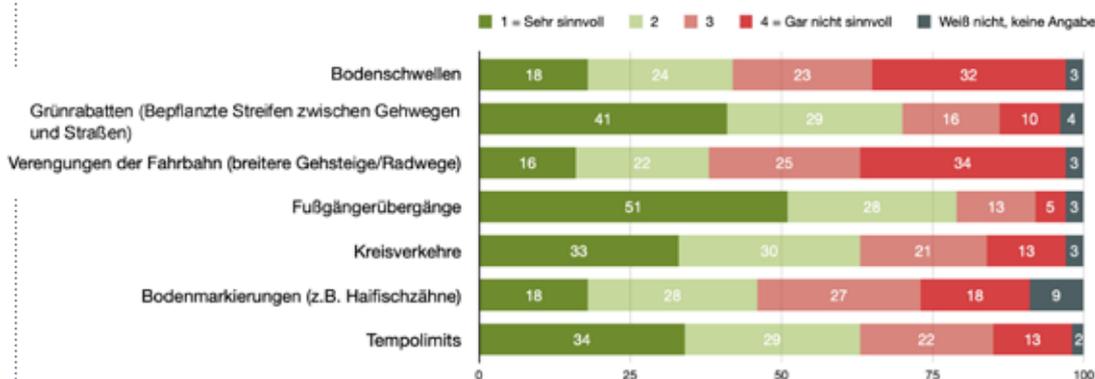


Straßenerhaltung ist für 82% der Befragten die wichtigste Aufgabe der Gemeinden. Radwege und Parkplätze sind vergleichsweise weniger wichtig. 41% nutzen den Öffi-Verkehr nie, weitere 28% selten. Für Verkehrsberuhigung sollten Fußgängerübergänge, Kreisverkehre und Tempolimits sorgen. Eine knappe Mehrheit will mehr 30er Zonen im Wohngebiet. 57% finden, dass Tempolimits besser überwacht werden sollten. Die Strafen sollten den Gemeinden zugute kommen.

Ich benutze den Radweg für ... (Mehrfachnennung)



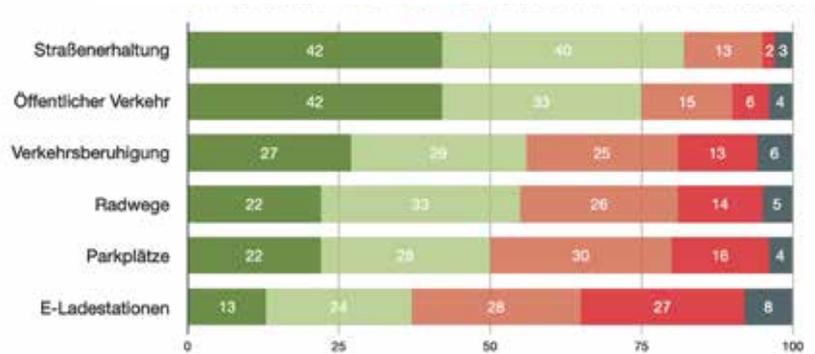
Viele Gemeinden setzen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung um. Wie sinnvoll finden Sie folgende Maßnahmen?



Experte: Von Straßenerhaltung profitieren alle

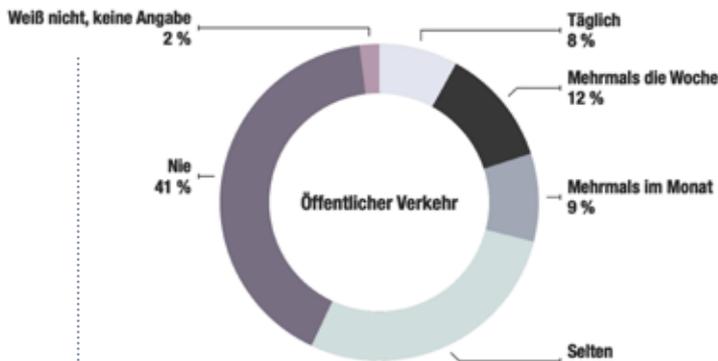
Verkehrsexperte Matthias Nagler vom ÖAMTC ordnet die Ergebnisse ein: „Die Umfrage zeigt Bedürfnisse der Bevölkerung. Bei den hohen Werten für Straßen geht es nicht um Straßenausbau sondern um Straßenerhaltung. Davon profitieren auch Fußgänger und Radfahrer, wenn es keine Schlaglöcher gibt.“ Ein ausführliches Interview mit Matthias Nagler finden Sie auf www.meinegemeinde.blog.

Wo sollte Ihre Gemeinde beim Thema Mobilität investieren?

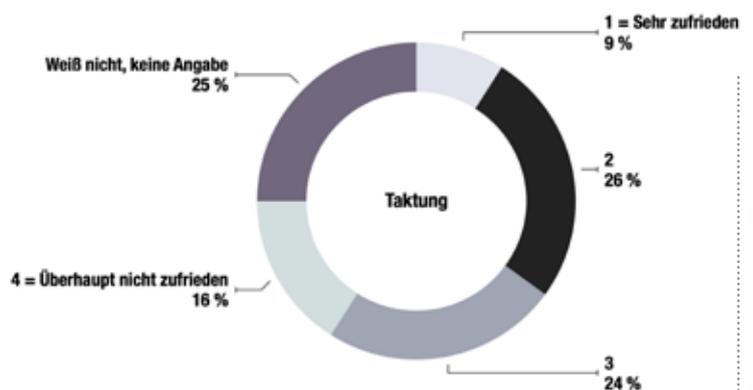


N = 2400

Wie häufig nutzen Sie den öffentlichen Verkehr in Ihrer Gemeinde?



Sind Sie generell mit der Taktung zufrieden?



Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu Geschwindigkeitsbegrenzungen zu?



Kinderbetreuung: Was Gemeinden jetzt brauchen

Der renommierte Sozialrechtsexperte Wolfgang Mazal sieht beim Ausgang der Studie in puncto Kinderbetreuung eine durchaus positive Entwicklung, warnt trotz enormer Investitionen aber vor den Herausforderungen beim Personal, beim umstrittenen Rechtsanspruch auf Betreuung sowie angesichts der Rolle der Gemeinden bei der Vernetzung junger Familien. [VON BERNHARD STEINBÖCK](#)

NÖ GEMEINDE: Fast 60 Prozent sehen die Kinderbetreuungsangebote in ihrer Gemeinde als zumindest gut an – vor allem die letzten Monate über wurden Millionen in den Ausbau gesteckt. Man spricht sogar von der größten Kinderbetreuungsoffensive der Geschichte.

Wie sehen Sie die derzeitige Lage in NÖ?

MAZAL: Methodisch ist bei der Studie leider offen, ob das quantitativ oder qualitativ zu verstehen ist. Das Gesamtbild dürfte in Niederösterreich aber doch klar ein positives sein.

Der Ruf nach einer kostenlosen Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr hält sich bei der Zustimmung die Waage. Wie sehen Sie eigentlich die Diskussion und die Forderungen nach einem Rechtsanspruch für Familien auf Kinderbetreuung?

Ich trete dafür ein, dies als höchstpersönliche Entscheidung der Eltern zu sehen, es zu bewahren und dabei gleichzeitig das Wohl der Kinder nicht aus den Augen zu verlieren, weil es nicht für jedes Kind und für jeden Elternteil ein passendes System ist.

Ein Rechtsanspruch im juristischen Sinn ist meines Erachtens nicht einzuräumen, weil der Staat nicht die Möglichkeit hat, den tatsächlich durchsetzbar zu gewähren. Außerdem ist offen, was darunter zu verstehen ist, in welchem Umfang und mit welchem pädagogischen Konzept. Wir sehen hier gerade an der Entwicklung in Deutschland, wo so ein Recht formal geschaffen wurde, dass es nicht seriös eingelöst werden kann und daher viel Frustration erzeugt. Eine politische Aussage, dass man so weit wie möglich Kinderbetreuung außerhalb ermöglicht, kann man geben, die ist allerdings auch in Österreich meines Wissens unbestritten. Ich sehe daher in der Diskussion, einen formalen Rechtsanspruch, ein klagbares

Recht einzuräumen, eher eine populistische Ablenkung vom wahren Problem, nämlich dem Personal- und Qualitätsproblem.

Sollten Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, eine finanzielle Anerkennung erhalten? Was wären die Vorteile und Risiken eines solchen Modells?

Das Risiko wäre, dass Menschen, die die Kinder nicht betreuen, trotzdem das Geld beanspruchen, allein aus dem Umstand, dass sie nicht in den Erwerb gehen. Auf der anderen Seite ist klar, dass das eine enorme Leistung ist, die hier vollbracht wird. Es geht hier nicht um die Betreuung alleine, sondern eigentlich um die Sozialisation. Die Weitergabe von Lebensstilen, von Werten in unserer Gesellschaft.

Was wünschen Sie sich – speziell von den Gemeinden – in den nächsten Jahren, wo sehen Sie noch Verbesserungsbedarf für Niederösterreichs Familien?

Ich wünsche mir – das sage ich ganz offen – von den Gemeinden, dass sie aktiv auf junge Familien zugehen und sie vernetzen. Ich sehe das zum Teil in anderen Ländern Europas: Gemeinden machen dort aktive Vernetzungsarbeit, da entstehen Mütter-, Eltern- und Familienrunden. Man sollte bestrebt sein, diese Selbsthilfegruppen aktiv zu schaffen. Gleichzeitig ist es für die Bürgermeister die Gelegenheit, politische Kontakte zu knüpfen und persönlich zu punkten. Aber es ist auch für die Leute die Gelegenheit, miteinander aktiv zu werden. Die Gemeinde soll nicht nur den Anspruch haben, die Leute zu servizieren, sondern sie soll die Leute zu Beteiligten in ihren eigenen Angelegenheiten machen. ■■■

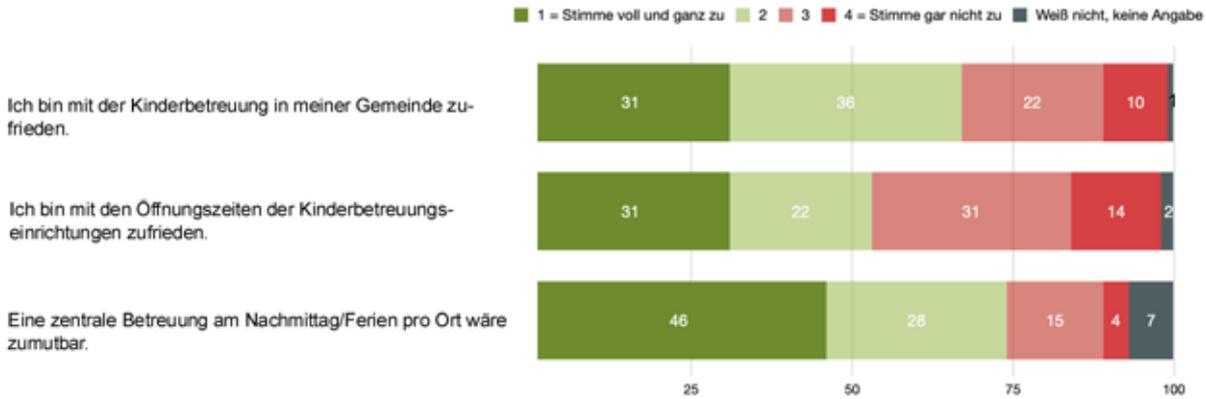


“ Die Gemeinde soll nicht nur den Anspruch haben, die Leute zu servizieren, sondern sie soll **die Leute zu Beteiligten machen in ihren eigenen Angelegenheiten.** ”

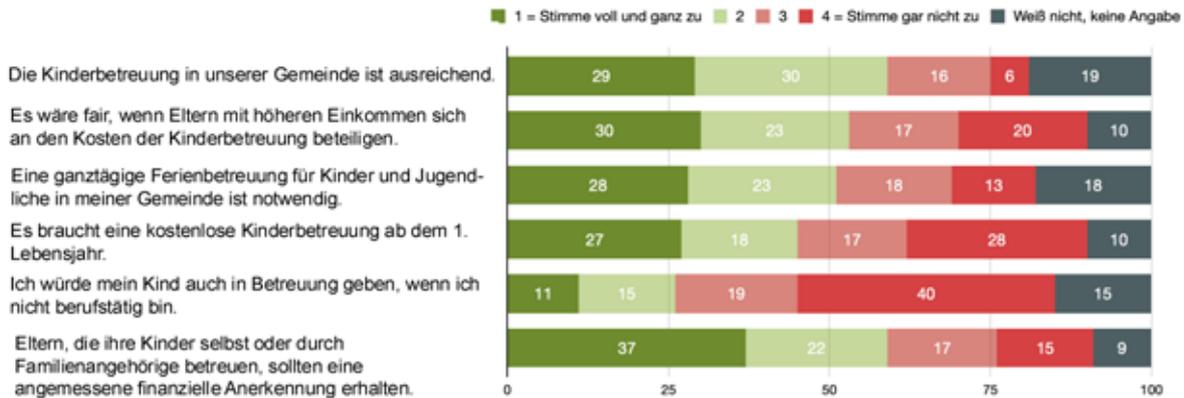


Wolfgang Mazal,
stv. Vorstand des Instituts
für Arbeits- und Sozialrecht,
Uni Wien

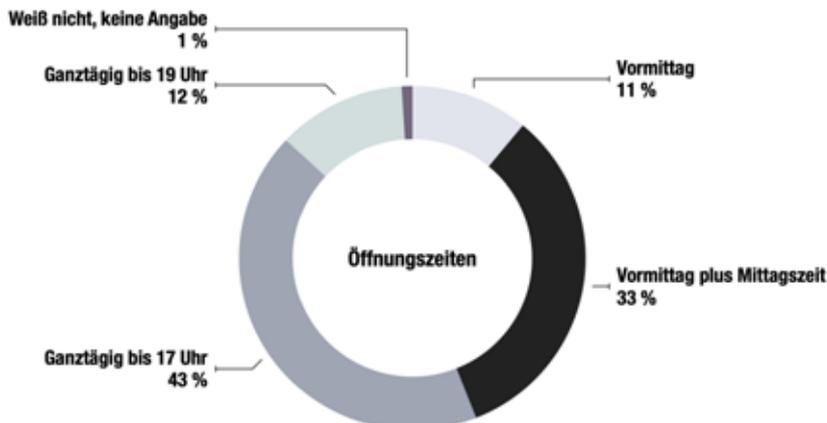
Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zur Kinderbetreuung zu?



Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zur Kinderbetreuung zu?



Welche Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen braucht Ihre Familie?



■ NARZISSMUS

„Emotionale Muttermilch“ als Hausmittel gegen Narzissten

Die weiteste Reise zum Event „Leinen Los“ hatte mit Abstand der Vorarlberger Bestseller-Autor Reinhard Haller, der mit seinem Vortrag über den „Vertrauensverlust in einer narzisstischen Gesellschaft“ die Gäste in den Bann zog. Wir haben uns mit ihm unterhalten, und gefragt, wie Gemeindepolitiker mit dieser Form menschlichen Verhaltens am besten umgehen sollten. [✉ VON BERNHARD STEINBÖCK](#)

NÖ GEMEINDE: Herr Dr. Haller, was kann man sich denn überhaupt unter dem Bild des Narzissten vorstellen?

REINHARD HALLER: Ein Narzisst ist ein extrem selbstbezogener Mensch, ein sehr eigensüchtiger Mensch. Jemand, der wenig Empathie für andere hat, nur für sich selbst, der andere Menschen häufig entwertet, und – das vergisst man sehr häufig – der extrem empfindlich und kränkbar ist. Das ist die Achillesferse des Narzissten, dass er eine ganz dünne Haut hat.

Aber ist ein wenig Narzissmus nicht normal bzw. sogar förderlich?

Narzissmus an sich ist nichts Schlechtes, denn der Mensch braucht ja Selbstbewusstsein, Durchsetzungsvermögen, auch ein gewisses Maß an Manipulationsfähigkeit, wenn er in einer Führungsfunktion ist. Das Problem ist das Maß. Wenn es zu wenig des Narzissmus ist, heißt es: ich leide an Selbstwertzweifeln und Minderwertigkeitskomplexen. Wenn es aber zu viel ist, wie wir das in der heutigen Gesellschaft sehen, führt das dazu, dass es zu emotionaler Kälte, zur sozialen Entsolidarisierung und letztlich zur Vereinsamung kommt.

Hat der krankhafte Narzissmus in der Gesellschaft in den letzten Jahren zugenommen? Zumindest macht es oberflächlich den Eindruck, wenn man sich auf Plattformen wie Facebook oder Instagram aufhält...

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass alle Narzissmus-Parameter in den psychologischen Tests in den letzten Jahren um circa 460 Prozent angestiegen sind. Das hat natürlich auch mit dem Internet zu tun, weil hier

kann ich ja meinen Narzissmus voll ausleben, weil ich mir selbst eine super Identität zulege und die anderen Menschen entwerte, nieder-mache und zynisch behandle. Das hat aber auch mit anderen Entwicklungen zu tun. Warum verwenden wir heute beispielsweise hauptsächlich narzissogene Drogen? Warum sind narzisstische Beziehungsdelikte so häufig geworden? Und warum sehen wir den Narzissmus auch in der großen Politik? Denn man kann die großen Konflikte, von denen wir derzeit heimgesucht werden, durchaus auch als eine narzisstische Störung bezeichnen.

Gibt es Methodiken, mit denen Narzissten arbeiten?

Der Narzisst ist ein Meister der Manipulation. Er beherrscht geradezu die Kunst, andere zu beschuldigen, zu beschämen, zu entwerten. Das geschieht heutzutage durch Nieder-machen, durch Sarkasmus oder auch durch Zynismus.

Welche Folgen hat ein Anstieg solcher manipulierenden Selbstdarsteller für die eigene Gemeinde und wie sollte ein Lokalpolitiker mit solch einem Egozentriker umgehen?

Es gibt eine ganz kleine Gruppe von Gerechtigkeits-Narzisst. Das sind die sogenannten Querulanten, die sagen: Mein Rechtsgefühl geht über alles andere und darum wird gekämpft bis zum Schluss. Und die verursachen natürlich in der Gemeindepolitik sehr viel Aufwand. Hier ist es ganz wichtig, dass die Politiker ein Stück weit Gelassenheit entwickeln. Mit Gelassenheit kann man sich am

“Gehen Sie immer davon aus, **dass Ihr Gegenüber seine Kränkungen hat und es geht auch vor allem darum, diese anzusprechen.** Dadurch entschärft man sie – wie eine Tretmine.”



Reinhard Haller



© Berger

Reinhard Haller: „Der Narzisst ist ein Meister der Manipulation.“

besten gegen narzisstisches Agieren wehren. Es ist im Übrigen auch hilfreich, wenn man bei den Narzissten hinter die Kulissen blickt, also wenn man hinter dem schreienden Chef beispielsweise, ein nach Liebe schreiendes Kind sieht, oder wenn man versucht, in die Haut des Narzissten zu schlüpfen – warum verhält er sich so?

Wir können hier auch einen Satz des großen österreichischen Psychologen Paul Watzlawick ein wenig umwandeln: Man kann nicht nicht kränken und man kann nicht nicht gekränkt sein. Gehen Sie immer davon aus, dass Ihr Gegenüber seine Kränkungen hat und es geht auch vor allem darum, diese anzusprechen. Dadurch entschärft man sie – wie eine Tretmine.

Gehen Sie aber auch immer davon aus, dass jeder Mensch, dem Sie begegnen, von Ihnen wertgeschätzt werden will. Nicht nur äußerlich gelobt, sondern ihm auch eine Art „emotionale Muttermilch“ zukommen zu lassen. Wenn wir groß und stark werden wollen, dann brauchen wir Muttermilch – no-na. Wenn wir aber starke Persönlichkeiten werden wollen, dann brauchen wir keine körperliche Muttermilch, sondern emotionale Muttermilch. Die reinste Form davon ist die Liebe – die erhält man aber manchmal nicht so reichlich. Aber die Wertschätzung hat auch einen relativ hohen Fettgehalt diesbezüglich. Und wenn Sie davon ausgehen, der Mensch, der zu mir kommt und queruliert und der brüllt, das ist im Prinzip ein schreiendes Kind, dem es um Zuwendung und Anerkennung geht. Und wenn wir ihm die in

authentischer Form liefern können, nicht inflationär, dann glaube ich, kommen Sie bei Ihren Bürgern gut an.

Ich glaube aber, dass es besonders wichtig ist, dass man loslassen kann. Auch diese ganzen Kränkungen, diese Beschuldigungen, mit denen man als Politiker zwangsläufig angeworfen wird. Loslassen führt immer zu einem Zustand der Gelassenheit, der nicht zu verwechseln ist mit Gleichgültigkeit. Gelassenheit heißt: Ich beobachte alles ganz genau. Ich nehme die Dinge sehr ernst. Ich stelle mich darauf ein. Aber ich lasse mich nicht vom Sturm der Emotionen und Affekte hinwegspülen.

Wie sieht das eigentlich mit der Politik aus? Sehen Sie da eine steigende Tendenz, wenn es um Narzissten geht?

Ich bin das schon sehr oft gefragt worden, ob Politiker nicht allesamt große Narzissten sind. Das muss man verneinen, denn das Hauptelement des Narzissmus ist ja die Kränkbarkeit. Und es wird natürlich nicht jemand, der extrem kränkbar ist, sich in diese Position begeben, wo er ständig der Kritik ausgesetzt ist. Eine Entwicklung, die mir allerdings große Sorge bereitet, ist, dass schwer narzisstisch gestörte Despoten sich offensichtlich einer großen Beliebtheit erfreuen. Das sind alles Menschen, die sich in hohem Maße narzisstisch gebärden, die keine Kritik mehr zulassen, die der Meinung sind, dass ihre Meinung die einzig richtige ist und zu einer gewissen Selbstheilung neigen. ■■■

Zur Person

Univ.-Prof. Dr. med. Reinhard Haller ist ein österreichischer Psychiater, Psychotherapeut und Sachbuchautor

VIDEO

Das Video in Interviewform finden Sie unter diesem QR-Code:



STUDIE

Alte gegen Junge und nicht Stadt gegen Land

Studienautor Christoph Haselmayer über die größte Umfrage, die es im kommunalen Bereich in Niederösterreich je gab und die Lehren aus den Ergebnissen. [VON OSWALD HICKER](#)

NÖ GEMEINDE: Sie haben die Studie im Auftrag des NÖ Gemeindebundes durchgeführt. Wie valide sind die Ergebnisse?

HASELMAYER: Die Aussagen sind sehr sicher. Wir haben mit 2.400 Befragten ein riesiges Sample und daher die geringsten Schwankungsbreiten, die man sich wünschen kann. Bislang ist mir keine Studie auf diesem Gebiet bekannt, die derart detailreich und groß war.

Wie sind Sie zu den Fragen gekommen? Manche Fragestellungen sind doch eher ungewöhnlich.

Unserem Auftraggeber war es wichtig, die Fragen von denjenigen erstellen zu lassen, die die Antworten am dringendsten brauchen. Deshalb haben wir in vier Workshops rund 40 Bürgermeister am Fragenkatalog basteln lassen. Es sind somit nicht die Fragen, die sich Funktionäre in St. Pölten einfallen haben

lassen, sie stammen direkt von den Gemeindefachleuten und BürgermeisterInnen.

Was hat es mit den Lebenswelten auf sich?

Bei der Fragenerstellung haben wir darauf geachtet, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Wissensbedürfnis von ländlichen und städtischen Regionen herrscht. Wir haben da schon große Unterschiede zwischen den Fragestellungen erwartet. Herausgekommen ist aber, dass fast alle die gleichen Probleme beschäftigen. Die Gemeindefinanzien, Verkehrsthemen, Kinderbetreuung sowie ungeordnete Einflüsse durch Coronamaßnahmen, Bundes- und Landespolitik waren überall die Top-Themen.

Wie unterschiedlich sehen die Menschen in Stadt und Land diese Themen?

“Wir haben in vier Workshops rund 40 Bürgermeister am Fragenkatalog basteln lassen. Es sind somit **nicht die Fragen, die sich Funktionäre in St. Pölten einfallen haben lassen.**”

Christoph Haselmayer
Meinungsforscher



Christoph Haselmayer mit NÖ-Gemeindebund Präsident Johannes Pressl mit den Studienergebnissen



Präsentation der Studie mit Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl

Auch das hat uns überrascht: Die Bewertung der Coronamaßnahmen ist in der Stadt nur geringfügig besser als am Land. Die Einflüsse von Bundespolitik und Landespolitik sind im urbanen Gebiet auch nur eine Spur höher als am Land. Grundsätzlich kann man aber eines feststellen: Die Unterschiede zwischen Alten und Jungen sind weit größer als zwischen Städtern und Landbewohnern.

Welche Ergebnisse würden Sie sich am meisten zu Herzen nehmen?

Auffallend war, dass 28 Prozent der Befragten angegeben haben, dass sie ihre Bürgermeisterin oder ihren Bürgermeister zu wenig kennen, um ihr oder ihm zu vertrauen. Wer die Person an der Spitze kennt, vertraut ihr auch zumeist. Daraus leitet sich ein Auftrag ab: Raus zu den Bürgern, auf Tuchfühlung gehen. Dann kann man auch dem Gegenwind aus Bund und Land etwas entgegensetzen.

Beim Verkehr sieht man, dass die Straßenerhaltung noch immer das Interesse Nummer eins beim Wahlvolk ist. Überraschend?

Wie stark das Thema eingeordnet wird, ist tatsächlich verblüffend. Denn oft sind in der Verkehrspolitik auf lokaler Ebene andere Themen gefühlt immer wichtiger. Das heißt jetzt nicht, dass Radwege unwichtig sind. Aber

im Verhältnis kann man sagen, dass es dreimal wichtiger für die Bürger ist, wenn man Schlaglöcher ausbessert, als wenn man einen Kilometer Radweg baut.

Was waren weitere Aha-Momente aus der Studie?

Verblüffend ist auch, wie hoch das Anforderungsniveau an die Gemeinden ist. Die Bürger erwarten, dass Arztpraxen finanziert, Nahversorger betrieben und Bankomaten aufgestellt werden, wenn es das nicht gibt – obwohl die Gemeinden formal dafür gar nicht zuständig sind. Beim Sparen haben die Bürger zwar Verständnis, aber eher bei kleineren Orchideenthemen wie Straßenbeleuchtung oder Weihnachtsschmuck. Wer wirklich Ärger sucht, der spart bei der Feuerwehr. Und extrem auffallend ist auch die Diskrepanz zwischen Wohlfühl und Vertrauen. 80 Prozent fühlen sich in ihrer Gemeinde wohl und sicher. Trotzdem vertraut nur knapp die Hälfte der Gemeindepolitik. Ich leite daraus ab, dass man die positiven Errungenschaften in den Orten zu wenig in den Medien findet, sondern eher politische Streitereien. Wer das ändern will, der hat in der Gemeindezeitung noch immer das wichtigste Medium im Ort zur Verfügung. Für mehr als 80 Prozent ist das gute, alte Blatt noch immer die Informationsquelle Nummer eins, die keinesfalls vernachlässigt werden sollte. ■■■

🗨️ **Raus zu den Bürgern**, auf Tuchfühlung gehen. Dann kann man auch dem Gegenwind aus Bund und Land etwas entgegensetzen.



Christoph Haselmayer
über mögliche Konsequenzen aus den Ergebnissen seiner Studie

Beschreibung der Studie

AUFTRAGGEBER NÖ Gemeindebund

ZIELGRUPPE

Wahlberechtigte NiederösterreicherInnen, rep. ab 16 Jahren

STICHPROBENGRÖSSE n=2400

STICHPROBEN-METHODE

Vorgeschichtetes Randomverfahren, CAWI

STICHPROBENGRUNDLAGE

Auswahl der Befragten nach Quotenverfahren

GEWICHTUNGSVERFAHREN

Nach Geschlecht, Alter, Bildung, Berufstätigkeit, Haushaltsgröße, Kinder im Haushalt, Bezirk

UNTERSUCHUNGSZEITRAUM 23.09.2024 - 29.09.2024

AUSFÜHRENDES INSTITUT

Institut für Demoskopie & Datenanalyse



© NÖ GEMEINDEBUND

Christoph Haselmayer beim Workshop mit den Bürgermeistern, die am Fragenkatalog mitarbeiteten

NÖ STEHT ZUSAMMEN

Rasche Hilfe für Betroffene der Hochwasserkatastrophe



© BFKÖD-Hallestrum

Die September-Landtagssitzung stand völlig im Zeichen der Jahrhundertflut. Die Parteien im NÖ Landtag haben sich darauf geeinigt, die Hochwasserkatastrophe in den Mittelpunkt zu stellen und parteipolitische Diskussionen auf Nebenschauplätzen zu vermeiden. Mit einem einstimmigen Beschluss wurden in der September-Sitzung die bisherigen Anstrengungen der NÖ Landesregierung unterstützt. Damit kann die Hilfe weiter rasch bei den Landsleuten ankommen.

„Viele Ortschaften Niederösterreichs wurden von Wassermassen verwüstet, tausende Landsleute stehen vor den Trümmern ihrer Existenz. Mehr als 2.200 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher mussten während der Hochwasserkatastrophe aus ihren Häusern evakuiert werden. In diesen dramatischen Tagen kann nur gelten: Wer rasch hilft, hilft doppelt. Deshalb wurde den Betroffenen unmittelbar finanzielle Unterstützung von Land und Bund zugesagt. Bundeskanzler Karl Nehammer, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und LH-Stv. Stephan Pernkopf haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, damit die Hilfe schnellstmöglich fließen kann“, betont Klubobmann Jochen Danninger. Der Beschluss in der NÖ Landesregierung, den Schadenersatz auf 50 Prozent und in Härtefällen auf 80 Prozent zu erhöhen, wurde einstimmig von der VPNÖ mit FPÖ und SPÖ gefasst (siehe auch

Seite 24). Von den mehr als 90.000 Helferinnen und Helfern im Hochwassereinsatz sind rund 57.000 Feuerwehrleute. „Ihnen müssen wir danken – jeder Handgriff trägt dazu bei, diese Katastrophe rasch hinter uns zu lassen“, unterstreicht Klubobmann Danninger die Hilfe aus ganz Österreich.

Aktuell sind die Schadenskommissionen in den Niederösterreichischen Gemeinden unterwegs: Bis 1. Oktober sind bereits mehr als 20 Millionen Euro aus dem Katastrophenfonds an die Hochwasseropfer in Niederösterreich ausgezahlt worden. Dazu betont Klubobmann Danninger: „Ich möchte den Mitgliedern der Schadenskommissionen danken, die nun eine enorm verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen, um den Betroffenen die Hilfe auch schnellstmöglich zukommen zu lassen.“ ■■■

🔧 Wir haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um rasch und unbürokratisch zu helfen.

In Niederösterreich wird niemand im Stich gelassen.



Jochen Danninger
Klubobmann des
Landtagsklubs der ÖVP

KATASTROPHENHILFE

Hochwasser in Niederösterreich



Der Neulengbacher Bürgermeister Jürgen Rummel mit Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Bundeskanzler Karl Nehammer.

© NLK Pfeifer

Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner zeigte bei der Hochwasserkatastrophe in den vergangenen Wochen vollen Einsatz und war täglich in betroffenen Gemeinden unterwegs.

Ein ganz zentraler Erfolg ist die Erhöhung der Mittel aus dem Katastrophenfonds. So bekommen Betroffene 50 Prozent des Schadens ersetzt – bei Härtefällen werden sogar 80 Prozent der Schäden übernommen. Das Land Niederösterreich arbeitet auch auf Hochtouren, um die Mittel schnell freizugeben – die Auszahlungen sind bereits in vollem Gange. Matthias Zauner, Landesgeschäftsführer der Volkspartei Niederösterreich, hebt außerdem die wichtige Rolle unseres Bundeskanzlers Karl Nehammer hervor, der sich auf europäischer Ebene für zusätzliche 500 Millionen Euro aus dem EU-Fonds für Österreich erfolgreich eingesetzt hat: „Bundeskanzler Nehammer zeigt damit ganz klar, dass er nationale und internationale Hebel in Bewegung setzen kann, wenn es um die Unterstützung der Menschen in Österreich geht. Nach den Krisen der vergangenen Jahre wird einmal mehr klar, dass Karl Nehammer auch in herausfordernden Situationen mit der nötigen Ruhe und Besonnenheit vorgeht und mit Weitblick und Hausverstand entscheidet“.

„Die enge Zusammenarbeit zwischen Johanna Mikl-Leitner und Karl Nehammer hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, dass Bund und Länder an einem Strang ziehen. In dieser Krise braucht es keine populistischen Aussagen - egal von welcher Seite. Es braucht handfeste und rasche Lösungen. Nur so stellen wir sicher, dass niemand in im Stich gelassen wird“, erklärt Landesgeschäftsführer Matthias Zauner und betont abschließend: „Ein großes Dankeschön an alle Einsatzkräfte, die Großes geleistet haben. Vielen Dank allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern über die Parteigrenzen hinweg und ein herzliches Dankeschön allen Funktionärinnen und Funktionären, die tagelang unermüdlich im Einsatz standen.“ Während der Hochwasserkatastrophe in Niederösterreich wurde der Wahlkampf im Vorfeld der Nationalratswahl ausgesetzt, um den Fokus voll und ganz auf das setzen zu können, was am dringendsten ist – den Betroffenen schnellst- und bestmöglich zu helfen. ■■■

“ In der Krise braucht es keine populistischen Aussagen - egal von welcher Seite.

Es braucht handfeste und rasche Lösungen.

Matthias Zauner
Landesgeschäftsführer
der VPNO

Informationen zur Soforthilfe

www.noel.gv.at/noel/Soforthilfe_Hotline_Hochwasser.html oder eine Mail direkt an noehilft@noel.gv.at

■ JETZT VORBEREITEN

Was bei den Gemeinderatswahlen zu beachten ist

Am 26. Jänner 2025 finden in Niederösterreich die Allgemeinen Gemeinderatswahlen statt. Es wird daher in allen Niederösterreichischen Gemeinden ein neuer Gemeinderat gewählt. Nur in den Marktgemeinden Pernersdorf und Vösendorf finden keine Wahlen statt, da bereits aufgrund von Neuwahlen eine stattgefunden hat. Auch die Städte mit eigenem Statut sind von den Allgemeinen Gemeinderatswahlen nicht betroffen, weil für sie eigene Bestimmungen gelten. Im Vergleich zu den letzten Allgemeinen Gemeinderatswahlen hat sich die Rechtslage zum Teil deutlich geändert, daher wird ein Überblick über die wichtigsten Neuerungen gegeben. [🔗 VON GEORG MIERNICKI](#)

Nur mehr Personen mit Hauptwohnsitz dürfen wählen

Bei den Allgemeinen Gemeinderatswahlen 2025 dürfen nur mehr Personen mit Hauptwohnsitz in der jeweiligen Gemeinde wählen. Der ordentliche Wohnsitz wurde mit der Novelle der NÖ GRWO 1994 im Jahr 2022 abgeschafft.

Kein nichtamtlicher Stimmzettel mehr

Es darf nur mehr der amtliche Stimmzettel verwendet werden. Der nichtamtliche Stimmzettel wurde mit der Novelle der NÖ GRWO 1994 im Jahr 2023 abgeschafft.

Auf dem neuen amtlichen Stimmzettel sind sämtliche Bewerber der jeweiligen Wahlparteien namentlich anzuführen. Daher wird der amtliche Stimmzettel ein relativ großes Format haben. Die Gestaltung des Stimmzettels muss von der Gemeindevahlbehörde beschlossen werden. Es ist daher zu raten, die Wahlvorschläge sobald als möglich abzuschließen, um mehr Zeit für den Druck der Stimmzettel zu haben.

Neue Vergabe von Vorzugsstimmen

Es können nur mehr maximal fünf Vorzugsstimmen vergeben werden. Dies geschieht durch Markieren oder Hinzuschreiben der Bewerber. Jeder gewählte Bewerber erhält gleich viele Wahlpunkte. Erreicht beispielsweise Partei A sieben Mandate, erhält jeder mit Vorzugsstimme gewählter Bewerber der Partei sieben Wahlpunkte.

Werden mehr als fünf Vorzugsstimmen vergeben, so sind alle ungültig. Ein solcher

Stimmzettel gilt aber als Stimme für die Wahlpartei der Bewerber, sofern die Kandidaten für dieselbe Partei kandidieren, auch wenn eine andere Wahlpartei bezeichnet ist.

Wahlzeugen dürfen mithelfen

Die Wahlbehörde kann mit Beschluss die Wahlzeugen zu Hilfstätigkeiten heranziehen, sofern diese zustimmen. Das ist in der Niederschrift festzuhalten. Die Wahlzeugen unterliegen im Fall ihrer Beziehung auch einer eingeschränkten Verschwiegenheitspflicht.

Wählen mit Wahlkarte in der Gemeinde

Für den Fall, dass eine Wahlkarte dem Antragsteller persönlich ausgefolgt wird, kann er sie unmittelbar nach ihrer Ausstellung in der Gemeinde zur Stimmabgabe mittels Briefwahl verwenden und zur Weiterleitung an die zuständige Wahlbehörde hinterlegen. Die Gemeinde hat durch Bereitstellung einer Wahlzelle oder eines hierfür abgetrennten Raumes oder Bereiches dafür zu sorgen, dass eine solche Stimmabgabe unter Wahrung des Wahlgeheimnisses möglich ist.

Neue Nichtigkeitsgründe bei Briefwahl

Für die Allgemeinen Gemeinderatswahlen 2025 gelten, wie bei der Nationalratswahl, zwei neue Nichtigkeitsgründe bei der Briefwahl. Einerseits ist die Wahlkarte nunmehr jedenfalls nichtig, wenn sie nicht zugeklebt ist, und andererseits ist sie nichtig, wenn die Daten des Wählers auf der Wahlkarte nicht erkennbar sind.

“ Es ist zu raten, die **Wahlvorschläge sobald als möglich abzuschließen**, um mehr Zeit für den Druck der Stimmzettel zu haben.



© www.Bilderbox.com, Wafelcia

Mit Wahlkarte kann nur in einem Wahllokal der eigenen Gemeinde und nicht in einem Wahllokal einer anderen Gemeinde gewählt werden.

Wahlvorschläge

Aufgrund der Neugestaltung der amtlichen Stimmzettel wurde die Frist für die Einbringung, die Ergänzung und den Abschluss der Wahlvorschläge um zehn bzw. zwölf Tage nach vorne verlegt.

Neu ist überdies die Regelung „Unterstützungserklärungen“, welche folgende Anforderungen festlegt:

- In Gemeinden mit bis zu 1.000 Einwohnern braucht es die Unterstützung von je einem aktiv Wahlberechtigten der betreffenden Gemeinde für jedes volle Hundert an Gemeindegewählern mindestens jedoch von fünf aktiv Wahlberechtigten der betreffenden Gemeinde.
- In Gemeinden mit bis zu 2.000 Einwohnern braucht es die Unterstützung von mindes-

tens zehn aktiv Wahlberechtigten der betreffenden Gemeinde.

- In Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern braucht es die Unterstützung von so vielen aktiv Wahlberechtigten, als es der Zahl der in den Gemeinderat zu wählenden Gemeinderatsmitglieder, entspricht.
- In Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern braucht es die Unterstützung von so vielen aktiv Wahlberechtigten, als es der doppelten Zahl der in den Gemeinderat zu wählenden Gemeinderatsmitglieder entspricht.

Schließlich muss nunmehr, wenn eine bereits im Gemeinderat vertretene Partei unter einer neuen Parteibezeichnung antritt, die Identitätserklärung bereits im Wahlvorschlag abgegeben werden.

“ Die Wahlkarte ist nichtig, wenn sie nicht zugeklebt ist, und andererseits ist sie nichtig, **wenn die Daten des Wählers auf der Wahlkarte nicht erkennbar sind.**



WICHTIGE TERMINE

- › **So., 29.09.2024:** Spätestens Kundmachung der Wahlausschreibung an der Amtstafel
- › **Mo., 30.09.2024:** Stichtag
- › **Mo., 14.10.2024:** Spätestens erste Sitzung der Gemeindegewahlbehörde
- › **Mo., 21.10.2024:** Auflegung des Wählerverzeichnisses
- › **Fr., 6.12.2024:** Spätestens 12:00 Uhr Einbringung der Wahlvorschläge am Gemeindeamt
- › **Mo., 23.12.2024:** Spätestens 16:00 Uhr Abschluss der Wahlvorschläge durch die Gemeindegewahlbehörde und Kundmachung der Wahlvorschläge an der Amtstafel
- › **Mi., 22.1.2025:** Spätestens Antrag auf Ausstellung einer Wahlkarte (schriftlich)
- › **Fr., 24.1.2025:** Spätestens 12.00 Uhr Antrag auf Ausstellung einer Wahlkarte (mündlich) bzw. schriftlicher Antrag, wenn eine persönliche Übergabe (Abholung) der Wahlkarte an eine vom Antragsteller bevollmächtigte Person möglich ist
- › **So., 26.1.2025:** Wahltag

Unterschiede zwischen Gemeinderats- und Nationalratswahl

Name vor Partei

Im Gegensatz zur Nationalratswahl gilt bei den Wahlen aufgrund der NÖ GRWO 1994 das Prinzip „Name vor Partei“ bei der Auswertung von Stimmzetteln. Das bedeutet, dass wenn Bewerber einer Wahlpartei markiert werden, der Stimmzettel als Stimme für die Wahlpartei des Bewerbers zählt, auch wenn eine andere Wahlpartei bezeichnet ist. Ist beispielsweise ein Kandidat der Wahlpartei A bezeichnet und gleichzeitig die Wahlpartei B, dann zählt der Stimmzettel als Stimme für die Wahlpartei A.

Einlangen und Wählen mit Wahlkarten

Sämtliche Briefwahlkarten müssen bis 6:30 Uhr des Wahltages bei der Gemeinde oder bis Wahlschluss im zuständigen Sprengel einlangen. Es erfolgt keine Übermittlung im

Wege der Bezirkswahlbehörden. Ebenso kann mit Wahlkarte nur in einem Wahllokal der eigenen Gemeinde und nicht in einem Wahllokal einer anderen Gemeinde gewählt werden.

Barrierefreies Wahllokal

Es muss zumindest ein Wahllokal in der Gemeinde für Menschen mit Behinderungen barrierefrei erreichbar sein.

Kein Aushang der Auflage des Wählerverzeichnisses

Die Auflage des Wählerverzeichnisses ist lediglich durch Anschlag an der Amtstafel kundzumachen. Eine Kundmachung in den Häusern muss nicht erfolgen.

567 einzelne Wahlen

Es handelt sich bei den Allgemeinen Gemein-



MR Naturraum Ingenieurbüro

Sichere Spielplätze? Garantiert!

Wie ein Spielplatz und seine Spielgeräte beschaffen sein müssen, ist seit 1998 europaweit in der Norm EN 1176 geregelt.

Betreiber von Spielplätzen sind für die Sicherheit des Spielplatzes verantwortlich und haben daher sicherzustellen, dass sich der Spielplatz und die Geräte in ordnungsgemäßem Zustand befinden, und dass beschädigte Geräte unverzüglich repariert oder gesperrt werden.

Vor allem bei der jährlichen Hauptinspektion, die gemäß der Norm von einer unabhängigen, sachkundigen Person durchgeführt werden muss, bewährt es sich, eine*n Fachmann/-frau hinzuzuziehen,

Alles aus einer Hand: Spielplatzüberprüfung & Baumkontrolle

Unser spezielles Angebot für Sie ist, dass wir diese zwei Überprüfungen - von Spielplatz und der dazu gehörigen Bäume - mit einer Person durchführen können, da unsere qualifizierten Spielplatzprüfer*innen auch FLL-zertifizierte Baumkontrolleur*innen sind.

So können unsere fachkundigen Mitarbeiter*innen mit nur einer Anfahrt beide Prüfungen zeit- und kosteneffizient durchführen.

*Schauen Sie sich
unser Video an!*



Gemeinsam konzipieren wir Projekte, gemeinsam erarbeiten wir Lösungen.

Kontaktieren Sie uns!

T 05 9060 300 | E office@mr-naturraum.at | www.mr-naturraum.at | Ein Unternehmen des Maschinenring.

Klimawandelanpassung & Naturgefahrenmanagement | Landschafts- und Umweltplanung | Baum- und Spielplatzkataster



INGENIEURBÜROS

deratswahlen nicht um eine Wahl, sondern um 567 getrennte Wahlen, die alle ein eigenes Wahlverfahren bilden. Die Gemeinderatswahl der Stadt Wiener Neustadt als 568. Wahl ist ebenfalls eine eigenständige Wahl, unterliegt aber den für die Statutarstädte geltenden besonderen Bestimmungen.

Druck der Stimmzettel

Die Stimmzettel sind von jeder Gemeinde eigenständig produzieren zu lassen. Eine zentrale Beschaffung erfolgt nicht. Aufgrund der neuen Bestimmungen über den amtlichen Stimmzettel ist es angeraten, die Stimmzettelproduktion so früh als möglich zu starten.

Außergewöhnliche Ereignisse

Sollte es zu Elementarereignissen kommen, die eine Durchführung der Allgemeinen

Gemeinderatswahlen verunmöglichen, so kann die Landesregierung in den betroffenen Gemeinden auch einen anderen Wahltag und/oder Stichtag bestimmen, um die Abwicklung der Wahl zu gewährleisten.

Ebenso kann am Wahltag die einzelne Wahlbehörde, wenn Umstände eintreten, die den Beginn, die Fortsetzung oder den Abschluss der Wahlhandlung behindern, die Wahlhandlung auf den nächsten Tag verschieben oder verlängern. Dies muss sofort durch Anschlag an der Amtstafel kundgemacht und der Bezirkshauptmannschaft und der Landesregierung mitgeteilt werden.

Sollten bereits Stimmzettel abgegeben worden sein, dann müssen die Wahlakten und die Wahlurne von der Wahlbehörde bis zur Fortsetzung der Wahlhandlung versiegelt und sicher aufbewahrt werden. ■■■

🗨️ Es handelt sich bei den Allgemeinen Gemeinderatswahlen nicht um eine Wahl, sondern um **567 getrennte Wahlen.**



DR. GEORG MIERNICKI

ist Mitarbeiter der Abteilung Gemeinden im Amt der NÖ Landesregierung



Rundum sorglos? Wir übernehmen!

Der Maschinenring ist Ihr Partner, wenn es um professionelle Grünraumpflege und Forstdienste, um Baumkataster, Baumkontrolle und -pflege, Reinigungsdienste, Gartenbau oder zuverlässigen Winterdienst geht.

Unser Expertenteam ist gerne für Sie da.

Kontaktieren Sie uns!

Maschinenring-Service NÖ-Wien eGen

15x in ganz Niederösterreich

T 0 59060 300 E service.noe@maschinenring.at

www.maschinenring.at

Wir sind Ihr Partner für's ganze Jahr!

🌳 Baummanagement 🌲 Forst & Energie 🌿 Gartengestaltung 🌱 Grünraumpflege 🧹 Reinigung ❄️ Winterdienst

Die Profis vom Land



Maschinenring

Eltern-Kind-Zentren: Raum für junge Familien

Erfahrungsaustausch unter Eltern, gemeinsame Spielgruppen, Eltern-Kind-Angebote, spannende Vorträge und Workshops zu Erziehungsfragen: All das finden Familien in den 21 geförderten Eltern-Kind-Zentren des Hilfswerks.



© Hilfswerk NÖ

Spielgruppen

Kinder finden hier einen Ort, an dem sie gemeinsam singen, spielen und kreativ sein können. Eltern und Großeltern sind herzlich eingeladen, gemeinsam mit ihren Kindern Zeit zu verbringen. Neue Anregungen für Spiele und Freizeitaktivitäten können gesammelt werden. Dazu ist immer Platz für einen Erfahrungsaustausch zwischen den erwachsenen Teilnehmer*innen.

Elternbildung

Wie setze ich meinem Kind Grenzen? Was kommt in der berühmten Trotzphase auf mich zu? Wie begleite ich schwierige Phasen? So vielfältig wie die Fragen von Eltern sind, sind die Themenangebote in der Elternbildung. Die Profis des Hilfswerks gehen in Vorträgen, Semi-

naren und Workshops auf diese Fragen ein und bereiten spannende Themen zum „Abenteuer Erziehung“ auf.

Die Bildungsangebote bieten einerseits die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch zwischen den Eltern, andererseits wird fundiertes Wissen vermittelt und individuelle Beratung angeboten.

Vorträge in Kindergärten

Das Hilfswerk kann mit einer Bildungsveranstaltung auch in Ihren Kindergarten kommen. Vorträge werden zum Beispiel zu den Themen „Kindliche Ängste“, „Resilienz“, „Gelassen erziehen“ oder „Medienerziehung“ angeboten. 2024 wurden über 80 Veranstaltungen in verschiedenen Kindergärten organisiert. Gerne informiert Sie das Hilfswerk persönlich! ■■■



Kontakt

Hilfswerk
Niederösterreich,
Tel. 05 9249-0
www.noehilfswerk.at
service@noehilfswerk.at



Dank an alle, die geholfen haben

Der Österreichische Gemeindetag und die Kommunalmesse im burgenländischen Oberwart standen im Zeichen der Hochwasserkatastrophe, die das Land in den Tagen zuvor getroffen hatte. Alle Rednerinnen und Redner der Festveranstaltung dankten den zigtausenden freiwilligen Helfern von Feuerwehren, Rettung und aus der Zivilgesellschaft.

„Wir haben in den letzten Jahren sehr viel Geld und Ressourcen in Schutzmaßnahmen investiert. An vielen Ecken und Enden haben sie auch die Bewährungsprobe bestanden, aber an anderen Orten kam einfach zu viel

Wasser von oben. Jetzt steht die schnelle Hilfe für die Betroffenen im Fokus und dann geht's darum, was wir alle aus der Katastrophe lernen können“, erklärte Präsident Johannes Pressl.

Im Zuge des Gemeindetages beschloss der Bundesvorstand des Gemeindebundes auch den „Kommunalen Bodenschutzplan“ (siehe Juli-Ausgabe der NÖ Gemeinde). „Der Bodenschutzplan gibt uns einen Handlungsleitfaden, wie wir verantwortungsbewusst mit der Ressource Boden umgehen. Im Fokus steht die Mobilisierung von Immobilien und Leerstand“, so Pressl. ■■■



Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl durfte am Gemeindetag 2024 Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundesministerin Susanne Raab willkommen heißen.

Info-Seminare zur Gemeinderatswahl 2025

Die Kommunalakademie Niederösterreich hält derzeit Informationsveranstaltungen zur Gemeinderatswahl 2025.

In diesen Veranstaltungen werden neben Ausführungen über die Grundsätze zur Gemeinderatswahl insbesondere Informationen über relevante Termine für die Gemeinden und erforderliche Vorbereitungsarbeiten, über Unterschiede zur Nationalratswahl 2024 bis hin zur Vorbereitung der Unterlagen für die Wahlbehörden am Wahltag, zu Gemeinde/Sprengelarbeiten am Wahltag und zu Tätigkeiten der Gemeinde unmittelbar vor/während/nach dem Wahltag gegeben. Diese Schulungen richten sich an Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, an Amtsleiterinnen und Amtsleiter sowie an Gemeindebedienstete, die mit Wahlagenden betraut sind.

Die Schulung der Mitglieder der Gemeinde/Sprengelwahlbehörden werden von den Bezirkshauptmannschaften bzw. Magistraten der Städte mit eigenem Statut zeitnahe vor dem Wahltag durchgeführt.

Die noch ausstehenden Veranstaltungen finden jeweils von 9 bis ca. 12 Uhr zu folgenden Terminen statt:

- 21.10. Stadtsaal Hollabrunn**
Josef Weislein Straße 11,
2020 Hollabrunn
- 22.10. Seminarhotel Steinberger**
Hauptstraße 28, Altlangbach
- 23.10. Valentinum**
Valentinumplatz 1, St. Valentin
- 25.10. Hotel Schloss Haindorf**
Krumpöck-Allee 21,
3550 Langenlois

IMPRESSUM

Herausgeber:

NÖ GEMEINDEBUND
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPV)
3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4
ZVR 959071656

Internet: www.noegemeindebund.at

Mit der Herausgabe beauftragt:

Landesgeschäftsführer Werner Brandstetter MSc.

Medieninhaber:

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH.,
1010 Wien, Löwelstraße 6,
Tel.: 01/532 23 88-0

Chefredakteur:

Mag. Helmut Reindl,

E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at

Mitarbeit: Bernhard Steinböck, MSc., Oswald Hicker,

Daniela Linauer

Grafik:

Österreichischer Kommunal-Verlag,
Thomas Max, E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf:

Tel.: 01/532 23 88-0

Martin Mravlak, E-Mail: martin.mravlak@kommunal.at

Oliver Vogel, E-Mail: oliver.vogel@kommunal.at

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel

Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt

Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare.

Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ:
Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebedienstete). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Bedienstete der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen. Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.



Produziert nach den Richtlinien des Österreichischen Umweltzeichens, Walstead Let's Print Holding AG, UW 808



Die bei uns geht was weiter **Bank.**

Die HYPO NOE finanziert mit Weitblick in Österreichs Gemeinden. Darum können auch kommende Generationen auf unsere innovativen kommunalen Lösungen bauen: vom Kindergarten bis hin zum Hochwasserschutz. Mehr dazu auf hyponoe.at

Eine Information der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich & Wien AG, Hypogasse 1, 3100 St. Pölten.

Stand 09/2024. **WERBUNG.**